

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

112 (16.5.1913)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 s.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/8 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserts billiger. Schluss d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Unsere heutige Nummer umfaßt 1. Seiten.

Christentum und Krieg.

Karlsruhe, 16. Mai.

Das Fernbleiben der angemeldeten Zentrumsabgeordneten von der Berner Konferenz hat allgemein berechtigtes Aufsehen hervorgerufen. Fortschrittler und Elsäßer haben sich beteiligt, selbst die nationalliberale Fraktion hat sich zu einer schriftlichen Sympathieerklärung aufgeschlossen, die einzige Partei, die sich, abgesehen von der Rechten, diesem schönen Friedenswerk gegenüber ablehnend verhielt, war das Zentrum. Ein neuer deutsch-französischer Krieg, der Katholiken zwingen würde gegen Katholiken die Waffen zu ergreifen, sollte doch gerade dem katholischen Zentrum als der schlimmste aller Schrecken erscheinen. Trotzdem hatten sich nur sehr wenige Zentrumsabgeordnete zur Konferenz angemeldet und selbst diese wurden zu guter Letzt veranlaßt, ihr fernzubleiben.

Das ist für das Zentrum ein äußerst peinlicher und beschämender Sachverhalt. Die „Germania“ versucht sich und ihre Partei nun nach Kräften herauszureden, indem sie erklärt:

„Wir leben in einer Zeit der Ueberspannung des Nationalitätsprinzips und des zunehmenden Rüstungsfiebers. Schon mancher, dessen Patriotismus über allen Zweifel erhaben ist, wird sich nach einem Heilmittel gegen diese gewiß nicht zu begründenden Strömungen umgesehen haben. Aber die Friedenskonferenz in Bern, die von deutschen und französischen Abgeordneten veranstaltet wurde, wird da ebenso wenig Abhilfe schaffen, wie der gesamte moderne Pazifismus. Nur die Religion des Christentums könnte den Großmächten ein größeres gegenseitiges Vertrauen, verbunden mit einem entsprechenden Maßhalten für Rüstungszwecke, allmählich wieder einflößen. Aber gerade von diesem allein wirksamen Mittel wollen die wesentlich von der Loge geleiteten modernen Friedensapostel nichts wissen, und daher ist ihre Arbeit nicht allein von vornherein zur Fruchtlosigkeit verurteilt, sondern sie ist leider auch nur allzu sehr dazu geeignet, die gottgewollte gesunde Vaterlandsliebe zu trüben und zu zerstören. Wir fürchten sehr, daß die deutsch-französischen Friedenskonferenzen (es sollen der ersten noch weitere folgen) sich genau in diesem Fahrwasser bewegen. Deshalb sind sie nicht allein zwecklos, sie sind auch bedenklich und gefährlich. Nur gesunde Ideen können gesunde Früchte hervorbringen. Und solche Gedanken fand man noch immer in der reichen Schatzkammer des Christentums, aber auch nur da.“

In einem Hauptpunkte hat die „Germania“ zweifellos recht. Ein richtig verstandenes und praktisch geübtes Christentum schiebt den Krieg unter den Völkern vollständig aus. Aber wann hätte man in allen Jahrhunderten der Kirchenherrschaft eine derartige Wirkung des Christentums bemerken können? Von der Zeit, da Karl der Große die Sachsen schlug bis zum jüngsten Balkankrieg ist die Weltgeschichte voll von bestialischen Greueln, die im Namen des Christentums verübt wurden! Ein Christentum, das leere Glaubensformel oder bloßes Machtstreben ohne christlich-sittlichen Inhalt darstellt, ist weiter nichts, als ein Deckmantel für alle menschlichen Schwächen und Verbrechen, und ein so mißbrauchtes Christentum ist immer der größte Feind des echten Christentums gewesen.

Auch das Zentrum und sein Berliner Organ schieben für die Nichtbeteiligung ihrer Partei an der Berner Konferenz religiöse Vorwände vor, während die Gründe ihres Verhaltens auf ganz anderem Gebiete zu suchen sind. Aus Freundschaft für die protestantischen Junker, aus Ergebenheit für die nur zum Schein bekämpfte Regierung Bethmann-Hollweg haben es die deutschen Zentrumskatholiken vermieden, sich mit den Franzosen an einen Tisch zu setzen. Sie haben das Werk des Friedens und der Völkerverständigung im wesentlichen der Sozialdemokratie überlassen, die auf dem Gebiete des Völkerechts für wahrhaft christliche Grundzüge eintritt und — wie ihr soeben 160 protestantische Geistliche bestätigt haben — in dieser Beziehung „die praktische Gefolgschaft Jesu Christi“ darstellt.

Durch ihr Verhalten gegenüber der Berner Konferenz hat die scheinchristliche Zentrumsparthei wieder einmal gezeigt, daß sie in dieser praktischen Gefolgschaft Jesu Christi leider nicht zu finden ist! Sie schlägt sich auf die andere Seite und darf dafür das volle Lob jener Kreise genießen, deren chauvinistisches Treiben auf der Berner Konferenz eine so einmütige Verurteilung gefunden hat. Das infamste aller Geschlächter, die „Post“, deren gefährliches Treiben selbst von der Regierung wiederholt aufs schärfste zurückgewiesen wurde, ist von den Ausführungen der „Germania“ ganz begeistert und drückt sie wörtlich ab, um zu zeigen, daß auch das Zentrum die auf Verständigung beider Völker gerichteten Bestrebungen bekämpfe und verurteile. Dieses Spiel wird dem Chauvinistenblatt durch die verdächtige Redensart von der „gottgewollten gesunden Vaterlandsliebe“ noch besonders erleichtert. Vielleicht hat die Zentrumsparthei die Güte, sich darüber zu äußern, welche Betätigung der Vaterlandsliebe ihr als gesund und gottgewollt erscheint. Etwa die vom Schläger der „Post“ auf die Gefahr hin, wieder einmal hören zu müssen, daß Sozialdemokraten vom Christentum nichts verstehen, möchten wir uns nur die Bemerkung erlauben, daß uns kein Patriotismus als gottgewollt erscheint, der sich mit den sittlichen

Geboten der Nächstenliebe und der Achtung des Menschenlebens in Widerspruch setzt. Es gibt keinen gottgewollten Vordespatriotismus.

Nur die Ganzstumpfen und Erwigblinden werden sich bei den „christlichen“ Redensarten der Zentrumsparthei beruhigen können. Jene aber, denen ihr Christentum mehr ist als tönendes Erz und klingende Schelle, werden sich darüber nicht täuschen lassen, denn das Zentrum gegenüber der Konferenz von Bern eine sehr üble und äußerst unchristliche Rolle gespielt hat.

Die Erbschaftsteuer in Baden.

Im Jahre 1906 wurde die indirekte Reichsbesteuerung zum erstenmal durch die Reichserbschaftsteuer durchbrochen. Sie ist damals als Stückwerk geschaffen worden und bis heute Stückwerk geblieben, weil alle Erbfälle durch Tod steuerfrei bleiben, welche Ehegatten, eheliche und eingetragene Kinder betreffen, sowie uneheliche Kinder mit dem Vermögen der Mutter, und die Abkömmlinge der genannten Personen. Bekanntlich dreht sich die Forderung der Gegenwart darum, die Erbschaftsteuer in dieser Richtung zu ergänzen und sie auf Ehegatten, Kinder und Enkel auszudehnen. In ihrer heutigen Form ist ihr Ertrag nur minimal. Schon 1907/08 erbrachte die englische Erbschaftsteuer rund 400 Millionen Mark, die französische 160 Millionen, die deutsche aber nur 43 Millionen, die sich bis zum Jahre 1911 auf 56 Millionen steigerten. Ein Viertel hiervon fällt den Bundesstaaten zu. Ueber die Erträge der Reichserbschaftsteuer in den Einzelstaaten wird eine ausführliche Statistik gegeben. Wegen der vorhin genannten Lücken bietet diese kein vollständiges Bild von dem gesamten Vererbungsvorgang im Reiche. Da aber bereits mehrere Jahre bearbeitet sind, die Materie nach den verschiedensten Gesichtspunkten gegliedert ist und die Statistik im ganzen eine deutlich erkennbare Stabilität aufweist, kann man sich aus der Reichserbschaftsteuerstatistik sehr gut ein Bild von den ungeheuren Vermögenswerten machen, die alljährlich in den einzelnen Bundesstaaten im Erbwege umgeföhrt werden. Sehr auffallend ist dabei die Erscheinung, daß der größte Kapitalbesitz keineswegs dort seine wahre Heimat hat, wo das größte erwerbsmäßige Schaffen vorhanden ist, also in den eigentlichen Industriegebieten, im Rheinland, in Westfalen, in Sachsen, sondern wir finden, wenn wir die Erbfälle auf den Kopf der betreffenden Landesbevölkerung berechnen, den kapitalistischen Hauptbesitz mit 24—27 M. in Bremen, Hamburg und Sassen-Nassau, dagegen z. B. im Königreich Sachsen nur 14,8 M., in Baden 13,5 M., im Rheinland nur 12,6 M. und in Westfalen sogar nur 6 M. Mag bei diesem Maßstab auch die Zufälligkeit des Todes eine vielleicht große Rolle spielen, so deutet doch die Stetigkeit dieser Kopfziffern ganz weifellos auf eine gewisse Gesetzmäßigkeit hin, die bei einer lückenlosen Erbschaftsteuer noch viel mehr zum Ausdruck kommen dürfte.

Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht soeben die statistischen Ergebnisse der Reichserbschaftsteuer für das Jahr 1911. Die letzten vier Rechnungsjahre zeigen nach der Zahl der Erbfälle, dem Gesamtwert des Erbes und dem Steuerertrag für Baden folgende Entwicklung:

Jahr:	Erbfälle:	Gesamtwert:	Steuerertrag:
1903	5152	27,80 Mill. M.	1,79 Mill. M.
1909	5177	28,56 Mill. M.	1,81 Mill. M.
1910	5049	28,94 Mill. M.	1,88 Mill. M.
1911	5293	25,83 Mill. M.	1,59 Mill. M.

Da hier die Vererbung an Satten, Kindern und Enkeln fehlt, bietet sich ein recht unregelmäßiges Bild, handelt es sich im Grunde bei diesem Erben an weitläufige Verwandte, zu denen noch Kirchen, Religionsgesellschaften, gemeinnützige Stiftungen usw. kommen, doch nur um ein Erben per Zufall. Die Haupterbmassen werden von der Statistik gar nicht erfaßt. Aber trotzdem kann man sich aus der Höhe des Erwerbwerthes und des Steuerertrages, sowie aus den Details der Steuerstufen ganz klar darüber werden, wie sich die aus dem Mehrwert erwachsenden Kapitalmassen in den Händen einiger Weniger kristallisieren.

Die meisten Erbfälle kommen natürlich auf die unterste Steuerstufe von 500—5000 M.: 4302 mit 6,73 Mill. Mark Gesamtwert und 328 000 M. Steuerertrag. Auch die nächste Gruppe mit 5000 bis 20 000 M. war noch mit 729 Erbfällen und zirka 7 Mill. M. Wert besetzt. Ganz anders fallen aber die höheren Steuerstufen ins Gewicht. Die Zahl der Fälle wird immer kleiner, aber die Gesamtwerte steigen ins Riesenhafte, so bei der Gruppe von 20 000—50 000 M. mit 200 Fällen auf 6,1 Mill. M. Wert, bei der Gruppe von 50 000—100 000 M. mit 35 Fällen auf 2 1/2 Mill. M. Wert, bei der Gruppe von 100 000—1 000 000 M. mit 26 Fällen auf 3 1/2 Mill. M. Wert. Dazu noch zwei Millionenerbmassen.

Die zahlreichsten Steuerfälle betrafen die Erbschaften der ersten Steuerklasse, wo u. a. die leiblichen Eltern, die Geschwister, deren Abkömmlinge zweiten Grades erben. Hierbei gehörten von den 5293 Fällen allein 3924 mit 17 Mill. M. Wert und 791 531 M. Steuerertrag. Die zweite Steuerklasse umfaßt als Erben die Groß-, Schwieger- und

Stiefeltern, Abkömmlinge zweiten Grades von Geschwistern, anerkannte uneheliche und an Kindesstatt angenommene Kinder: 459 Fälle mit 2,19 Mill. M. Wert. In die dritte Steuerklasse mit noch entfernteren Verwandten, z. B. Geschwister der Eltern und Verschwägerter im zweiten Grade der Seitenlinie, fielen noch 89 Erbschaften mit 615 000 M. Wert. Kirchen und (natürlich nur „öffentlich zugelassene“) Religionsgesellschaften erben 13mal zusammen 181 000 M. und zahlten dafür 8660 M. Steuern. Ferner kamen 9 Erbfälle auf kirchliche Stiftungen mit 85 000 M. und 4100 M. Steuerertrag, sowie 37 Erbfälle auf gemeinnützige Stiftungen, Vereine und Anstalten mit 515 000 M. und 26 000 M. Steuern.

Alle diese Fälle betreffen nur Erbschaften von Todeswegen. Die ebenfalls steuerpflichtigen Schenkungen unter Lebenden bilden eine Gruppe für sich und umfaßten in Baden 168 Fälle mit 1,79 Mill. M. Wert und 138 500 M. Steuern. Diese Schenkungen beließen sich im ganzen Reiche auf über 62 Mill. M. mit fast vier Millionen Steuerertrag.

Die ständige Vererbung so ungeheurer Vermögensmassen ist, darüber sind sich die klarer blickenden Nationalökonomien schon längst einig, volkswirtschaftlich wie ethisch ein Unglück für das Volk. Man wird sich erinnern, wie kürzlich in den Vereinigten Staaten von Amerika allen Ernstes die Anregung auftauchte, für die Vererbung der Riesenermögen ein besonderes Gesetz zu schaffen. Es muß schlimm genug mit einer Gesellschaft gekommen sein, wo selbst ihre eigenen kapitalistischen Vertreter zu solchen Ideen kommen mußten. Diese Ideen werden aber auch dem Deutschen allmählich klarer werden, wenn er erst einmal die Ergebnisse einer lückenlosen deutschen Erbschaftsteuer vor sich haben wird. Schon aus diesem Grunde muß alles daran gesetzt werden, dem Ausbau der deutschen Erbschaftsteuer schnellstens zum Durchbruch zu verhelfen.

„Sitz Berlin“ wird unruhig.

Der 16. Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine Deutschlands, der am Dienstag in Berlin begonnen hat, ist in seinen Reden und Beschlüssen zu seiner alten Liebe, den christlichen Gewerkschaften, zurückgekehrt. So wird in einem Telegramm an den Papst aufs neue dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß sich einzig und allein der Sitz Berlin auf dem Pfad des rechten Glaubens befände. Es heißt darin u. a.:

Zugleich geloben sie (die katholischen Arbeitervereine), die Enzyklika Singulari quadam gemäß ihrem überaus klaren Wortlaut auf das gewissenhafteste zu befolgen, von denen Leistungen niemals auch nur einen Fingerbreit abzuweichen, ihre soziale Arbeit insbesondere die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses nach den von dir verkündeten Grundfragen zu gestalten, die von dir empfohlene katholische Organisation mit aller Kraft zu fördern und so den Frieden zwischen den katholischen Glaubensgenossen, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie der Wohlfahrt des Staates zu dienen.

In der Besprechung des Geschäftsberichts sagte der Verbandsssekretär Dr. Fleischer:

„Wenn behauptet werde, der Berliner Verband zerplüttere die christliche Arbeiterschaft und fördere die sozialdemokratischen Monopolbestrebungen, so sei dazu zu bemerken, daß dieses Monopol von denen gefördert werde, die den bitteren Kelch des Streiks auf Grund des sozialdemokratischen Prinzips der Mehrheitsbeschlüsse bis zum Ende durchkosten. Diese gegen den Verband erhobenen Verdächtigungen, die letzten Endes nicht gegen uns zielten, sondern gegen diejenige Grundgebung, die verlangt, daß jetzt in Deutschland die katholische Organisation mit aller Kraft gefördert werden soll, müssen diese sachliche Korrektur erfahren, weil derartige Unstimmigkeiten und Anfechtungen geglückt werden. Diesen Lügen müssen endlich die kurzen Beine, die sie haben, auch noch abgefaßt werden.“

Man ist zwischen Christen und Katholiken also schon wieder einmal so weit, sich Verdächtigungen, Unterstellungen und Lügen vorzuwerfen. Wie wird nun die Antwort aus München Gladbach klingen?

Sozialist. Kommunalwahlsiege in den Vereinigten Staaten.

Mit einer absoluten Mehrheit von 500 Stimmen hat einer Gesamtstimmenzahl von 8000 wurde bei der jüngst abgehaltenen Kommunalwahl in der 80 000 Einwohner zählenden Stadt Butte, Montana, der Genosse Lewis A. Duncan als Mayor (Bürgermeister) wieder, wurden die sozialistischen Kandidaten Shoblin zum Stadtschreiber und Boher zum Polizeirichter (entspricht ungefähr dem deutschen Amtsrichter, soweit Straffachen in Betracht kommen) neu gewählt. Von den neun neu gewählten Mitgliedern des Stadtrats gehören sieben der sozialistischen Parteien an, welche damit die Zahl ihrer Vertreter im Stadtparlament um zwei erhöhte und die Mehrheit in dem sechzehn Mitglieder zählenden Stadtrate eroberte.

Der Wahl ging ein mit äußerster Erbitterung geführter Wahlkampf voran, aus welchem die bürgerlichen Parteien unverzüglich siegreich hervorzugehen hofften. Vor zwei Jahren drang Duncan nur darum als Bürgermeister

Kandidat durch, weil Demokraten und Republikaner, die die Möglichkeit eines sozialistischen Sieges überhaupt nicht dachten, getrennt vorgingen und die relative Mehrheit für die Wahl eines Kandidaten genügt.

Geuer dagegen schloß der gesamte Ordnungsbreier ein Schuß- und Trugbündnis. Er stellte gemeinsame Kandidaten auf. Die Anaconda Copper Mining Co. (Kupfer-Bergwerks-Gesellschaft Anaconda), welche in Butte die gleiche Rolle spielt wie die Firma Krupp in der rheinpreussischen Stadt Essen, machte in der scrupellosesten Weise ihren Einfluß zugunsten des republikanisch-demokratischen Kartells geltend. Wie konnte da, so vermeinten die kapitalistischen Raub-Politiker, der Erfolg ausbleiben? Wurden nicht die Sozialisten in Milwaukee trotz ihrer starken Stimmenzunahme bei den letztenjährigen Kommunalwahlen durch das bürgerliche Bündnis geschlagen, obwohl auch der erbitterteste Gegner des „Umsturzes“ der Ehrlichkeit und den Leistungen der dortigen sozialistischen Stadtverwaltung die Anerkennung nicht verlagern konnte?!

Dank der systematischen und zielbewußten Aufklärungsarbeit der Genossen von Butte wie der allseitig als trefflich anerkannten Administration Duncans machten die Wähler einen dicken Strich durch die superkluge Rechnung. Uebrigens verhinderte auch das vom Staate Wisconsin eigens zur Niederhaltung der Sozialisten für die Stadt Milwaukee geschaffene Wahlgesetz nicht, daß unsere Genossen in „Bier-Athen“ kürzlich zwei Siege im Schulrat eroberten. Republikaner und Demokraten konnten durch schmutzige, gesetzgeberische Kniffe und durch ein Bündnis aller reaktionären Mächte wohl die auf Grund der Pluralität (relative Mehrheit) zustande gekommene sozialistische Stadtverwaltung zunächst teilweise verdrängen; aber den stetigen Aufstieg unserer Sache vermögen sie nicht aufzuhalten. Noch ein paar Jahre, und das rote Banner flattert abermals über dem Rathaus von Milwaukee, um nicht wieder heruntergeholt zu werden.

Auch in Manitowoc, Wisconsin, in Brainerd, Minnesota und in Kapazität, Colorado, drängen die sozialistischen Wahrs-Kandidaten durch. Jedem derselben steht eine Anzahl anderer sozialistischer Kommunal-Beamter zur Seite. In Payton, Nebraska, wo erst vor Jahresfrist ein sozialistischer Wahlverein ins Leben trat, wurden alle sozialistischen Kandidaten, darunter der Bewerber um das Mandat des Wahrs, gewählt.

In dem aus 10 Mitgliedern bestehenden Staats-Landwirtschaftsrat von Oklahoma sitzen nunmehr 4 Sozialisten. Von den 77 Counties (Grafschaften) des gleichen Staates entsenden 26 eine mehr oder minder große Anzahl Genossen in die landwirtschaftlichen County-Ausschüsse, wie denn überhaupt die fabelhaft anwachsende sozialistische Bewegung Oklahamas vornehmlich von der bäuerlichen Bevölkerung getragen wird.

Aus allen Teilen der Vereinigten Staaten kommt die Kunde, daß Sozialisten zum ersten Male ihren Einzug in die kommunalen Selbstverwaltungskörper halten. Wenn es sich auch meistens um kleinere Städte handelt, so ist die Bedeutung des Wahlausganges doch nicht zu unterschätzen. Denn einmal zeigen die Resultate, aus welcher Richtung der Wind weht; und sodann haben sich bisher die praktischen Leistungen der roten Gemeindevorsteher als außerordentlich wirksames Agitationsmittel erwiesen.

Deutsche Politik.

Brandbare Polen. Die preussische Polenpolitik, hinter der natürlich auch die Junker stehen, wird von einem Junker hübsch berichtigt: Die herzogliche Domänenverwaltung zu Trachenberg hat an die ihr unterstellten Inspektoren folgende Verfügung erlassen:

„Da es von Jahr zu Jahr schwieriger wird, brauchbares Gesinde zu bekommen, müssen schon frühzeitig, und zwar ein Jahr vor dem gesetzlichen Vermietungsstag, Schritte getan werden, Gesinde zu beschaffen. Es ist aber dabei zu beachten, daß kein Ausmieten von Kachbarn, insbesondere von herzoglichen, wünschenswert ist. Jedes zu mietende Gesinde muß den Nachweis liefern, daß es zu dem betr. Termin auch wirklich dienstfähig ist. Ferner wird verfügt, daß in Zukunft nur Gesinde katholischer Konfession gemietet werden darf. Leute anderer Konfession dürfen nicht

angenommen werden. Dagegen ist es gestattet, polnische Familien zu mieten, weil diese Leute recht brauchbar und meistens auch sauber und ordentlich sind.“

Herzog. Domänenverwaltung (gez.) v. Umwerth. Nach der „Nationalliberalen Korrespondenz“ soll dieser Erlass auf persönliche Anordnung des Fürsten von Gaffelbdt, des früheren reichsparteilichen Führers ergangen sein.

Der „Kreuzzeitung“ ist die Gaffelbdtsche Offenherzigkeit sehr unangenehm, sie hofft, daß, wenn es mit dem Erlass seine Richtigkeit habe, „wohl noch ein Wort zu seiner Aufklärung gesagt werde“. Ob Fürst Gaffelbdt mit der Heranziehung von Polen unter obiger Begründung einverstanden ist, möchte die „Kreuzzeitung“ bezweifeln: „In jedem Falle können — so meint das Zunftblatt — aus dem Verhalten der polnischen Arbeiter keine Schlüsse gezogen werden, die für den östlichen Großgrundbesitz allgemein gültig wären.“

Dem Fürsten Gaffelbdt aber hat man offenbar schon gehörig den Marsch geblasen, denn der Kameraldirektor Gaue von der herzoglich Trachenbergischen Domänenverwaltung mußte der „Breslauer Zeitung“ telegraphisch mitteilen, die Bekanntmachung des Oberamtmanns v. Umwerth in Sachen der Einstellung ausschließlich katholischer, eventuell polnischer Gutsarbeiter sei ohne sein Wissen und Willen erfolgt und gebe in entstellter Weise die erteilten Instruktionen wieder. Die fürstlich Gaffelbdtsche Verwaltung habe übrigens die Bekanntmachung bereits aufgehoben.

Was natürlich nicht erfolgt wäre, wenn sie nicht zufällig weiteren Kreisen bekannt wurde. Man wird auch nach diesen Grundtatsachen handeln, auch wenn die Verordnung formell aufgehoben ist.

Goldener Segen für die Zehnerherren. Die Rheinische Westfälische Zeitung bringt in ihrer Abendausgabe vom Mittwoch einen umfangreichen Auszug aus dem Geschäftsbericht des Kohlenverbands für 1912. Die Förderziffer und die Preispolitik sind bereits durch frühere Teilkberichte bekannt. Von allgemeinem Interesse dürften jedoch die folgenden Stellen aus dem Bericht sein:

Die Steinkohlenförderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund habe trotz des Bergarbeiterausstandes im vorigen Jahre um rund 100 Millionen Tonnen alle bisherigen Ergebnisse weit übertrafen. Dieser seien die günstigen Abgabeverhältnisse Anfang März durch den Ausstich jäh unterbrochen worden; nach dessen Beendigung seien jedoch die im Grubenbetriebe herbeigeführten Störungen behoben und die Förderleistungen nach kurzer Zeit wieder auf dieselbe Höhe wie vor dem Ausstich gebracht worden. — Zur letzten Preissteigerung im Oktober vorigen Jahres heißt es in dem Bericht: Der Ruhrbergbau, der nach seinem Abkommen mit dem Syndikat zur Preisstellung geordnet worden mußte, erhebt, wie bekannt, gegen die Preissteigerung, namentlich soweit sie Hausbrandhöhe betraf, Widerspruch. Die Warnung gegen die Preissteigerung sei von den Beschlüssen des Syndikats mehr als die formelle Wahrung eines abweichenden Standpunkts, als eine unabwiesbare Bedingung für das Zusammengehen mit dem Syndikat aufgefaßt worden. Eine Preissteigerung der Krennstoffe sei schon durch die Erhöhung der Selbstkosten, insbesondere der Arbeiterlöhne, geboten gewesen. Auch könne in einem Zeitraum, wo auf allen Kohlenmärkten eine Steigerung des Preisstandes eingetreten sei, der Kohlenmarkt nicht einseitig diese Bewegung ausschalten. Es habe daher übersehen müssen, daß der preussische Handelsminister die Preissteigerung zum Anlaß nahm, von dem im Jahre 1912 beschlossenen Abkommen zurückzutreten. Dem Vorgehen des Handelsministers hätten sich zwar die übrigen aufstehenden Regierungen, die ebenfalls Verkaufsabkommen mit dem Syndikat getroffen hatten, nicht angeschlossen, jedoch bestreite kein Zweifel darüber, daß durch den Rücktritt des westfälischen Bergbaus von dem Verkaufsabkommen neue Schwierigkeiten in die Verhandlungen über die Syndikatsrenewierung hineingetragen worden seien. Immerhin sei es zu begrüßen, daß auch nach Kündigung seines Verkaufsabkommens der Bergbau weiter einen Vertreter zu den Verhandlungen über die Erneuerung des Syndikats entsendet. Die Aussichten für das Geschäftsjahr 1913 seien nach den bisherigen Erfahrungen und dem gegenwärtigen Stande der Marktlage durchaus günstig.

Die Nationalliberalen und die Deckungsfrage. Die partei-offizielle „Nationalliberale Korrespondenz“ äußert sich über die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zur Deckungsfrage, wie folgt: „Der Standpunkt der nationalliberalen Reichstagsfraktion ist bei der ersten Beratung der Deckungsvorlage klargelegt worden. Die Abgeordneten Dr. Baasche und Moland. Beide haben im Auftrage der Fraktion eine Besichtigung gefordert und in ihren Ausführungen dargelegt, daß darunter eine Reichsvermögenssteuer oder eine Reichsberufsteuer verstanden werden muß, wie dies schon bei der Vertretung des Antrags Wassermarkt-Eraberger festgelegt worden ist. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert. Daß das Schicksal der Behr-

vorlage von der Art der Deckung nicht abhängig gemacht werden darf, und daß auf seine beschleunigte Erledigung der Behrvorlage in Kommission und Plenum mit aller Energie hinzuwirken ist, auch darüber hat die nationalliberale Fraktion keinen Zweifel gelassen. . . . Es ist wünschenswert, daß über Behrvorlage und Deckung zwischen allen bürgerlichen Parteien in diesem Sommer eine Einigung stattfindet; aber von einer solchen darf die Verabschiedung der Behrvorlage nicht abhängig gemacht werden; das erträgt die politische Lage nicht.“ Die Nationalliberalen sind also für eine Verschiebung der Deckung auf den Herbst, denn nicht anders kann der Wunsch geäußert werden, daß im „Laufe des Sommers“ eine Einigung der bürgerlichen Parteien zustande kommen möge. Wenn nun aber eine Einigung über eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer nicht erzielt wird? Im Reichstag ist die Linke gegenwärtig stark genug, solche direkte Reichssteuern zu beschließen; daß sich im Bundesrat in diesem Falle eine Mehrheit finden wird, darf als sicher angenommen werden. Wozu also erst eine Einigung mit der Rechten suchen? Es gewinnt den Anschein, daß sich die Nationalliberalen bereits darauf einrichten, auch „anders“ zu können, denn auf nationalliberale Versicherungen war noch nie viel zu hoffen. Jedenfalls lassen die Ausführungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ eine Erklärung darüber vermischen, was dann geschehen soll, wenn eine Einigung mit der Rechten nicht erzielt wird.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Vorstand des Deutschen sozialdemokratischen Klubs beschloß, im Abgeordnetenhaus Interpellationen für die sofortige Entlassung aller einberufenen Reservisten, für die Beendigung der Reservisten, die wegen in verstreuter Stellung begangener strafbarer Handlungen von den Militärgerichten bestraft wurden, ferner für die sofortige Aufhebung des Usus a h m e z u s t a n d e s in Bosnien und der Herzegovina einzubringen. Die Sozialdemokraten werden im Senatskonvent verlangen, daß sofort die Debatte über die auswärtige Politik in Form einer Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten oder im Rahmen der ersten Lesung des Budgetprovisatoriums stattfinden.

Frankreich.

Unruhe in der Kolonie Anam. Nach den letzten aus Saigon in der hinterindischen französischen Kolonie Anam eingetroffenen Meldungen geht hervor, daß die französisch-indischen Bewegungen bedeutend größeren Umfang angenommen haben, als die offiziellen Depeschen zugeben wollen. Vier Risten mit Bomben, die auf einem chinesischen Dampfer aus Hongkong für bedeutende eingeborene Kaufleute eingeschmuggelt werden sollten, sind beschlagnahmt worden. In Cholien ist ein chinesischer Großkaufmann wegen politischer Untreue verhaftet worden. Er steht unter dem Verdacht, unter den Anamiten eine Verschwörung gegen die französischen Behörden angezettelt zu haben.

Brasilien.

Japanische Kulis für Brasilien. In Tokio hat sich eine Gesellschaft mit einem Kapital von einer Million Yen gebildet, die 20 000 japanische Arbeiter im Staate Sao Paulo (Brasilien) anwerben will, damit sie dort die Reis-, Tee- und Seidenkultur betreiben. 1500 japanische Arbeiter sind bereits in Santos gelandet.

Amerika.

Vom New Yorker Polizeikommissar. In den Befreiungsprozessen der New Yorker Polizeiverwaltung wurde am Samstag das erste Urteil gefällt. Vier Polizeikommissare wurden zur Maximalstrafe von fünf Jahren Zuchthaus und 2000 Dollars Geldstrafe verurteilt.

Eine misglückte Staatsaktion. Die Anklage gegen Debs, Warren und drei andere Genossen vom „Appeals Board“ wegen „Verbreitung obsequier Literatur“ — begangen durch die Aufdeckung infamer Verbrechen des Direktors eines „Mittlergefängnisses“ — ist vom Bundesrichter Pollock schon vor der schwebenden Verhandlung abgewiesen worden. Ebenso die noch schwerere wegen angeblichen Verlebens der Dougenbeeinflussung. Der Genosse W a h l a n d, der sich, mit der ewigen Verfolgung, das Leben genommen hat, vermag dieser Aussage, freilich nicht mehr zurückzuführen. Und man darf auch nicht glauben, daß Pollock, dessen moralische Minderwertigkeit im „Appeal“ schon vor drei Jahren nachgewiesen wurde, aus plötzlich erwachten Gewissensbissen dem Justizverbrechen ein Ende gemacht hätte. Wie auch hier schwere Anklagen gegen den Bundesanwalt Bone, der mit Hilfe eines Patens und anderer Ehrenmänner das ganze Mandat ins Werk gesetzt hat, unter Beweis gestellt, daß die Angeklagten zu einem Tribunal

Die beiden Hornemann

Erzählung von Friedrich Thieme.

(Fortsetzung.)

Der Polizeikommissar brummte. „Eigentümlich — bis auf diesen unerheblichen Nebenbestand gleicht eine Aussage der andern wie ein Ei dem andern.“

Seinem Befehl gemäß wurde nun Hornemann 1 wieder hereingeführt.

„Stein Zweifel,“ redete der Beamte die beiden Männer an, „daß einer von Ihnen einen raffinierten Betrug auszuführen gedenkt. Einer ist Hornemann, einer ist Höfel; ich begreife nur nicht, woher der falsche Hornemann alle die Einzelheiten erfahren hat, die er auszusprechen vermag. Der wahre Hornemann muß ein rechter Narr sein, einem Mitreisenden in solcher Ausführlichkeit seine ganze Geschichte zu erzählen. Erklären Sie sich darüber näher, meine Herren. Also Sie,“ wandte er sich an Hornemann 1, „wollen auf der Bahn mit jenem Herrn gereist sein und ihm Ihre Verhältnisse offenbart haben?“

„Natürlich, Herr Inspektor. Er saß schon im Wagen, als ich in Berlin einstieg. Ich befand mich in freudiger, erwartungsvoller Aufregung, ich fühlte mich so wohl, daß ich hätte die ganze Welt umarmen mögen; in solcher Stimmung ist man mittelbar.“

„Ich muß bitten, Herr Inspektor,“ fiel der andere hier ein. „Die Sache ist ganz genau so, aber gerade umgekehrt. Ich habe dem nichtswürdigen Menschen gesagt, daß ich mich in freudiger Aufregung befinde, und —“

„Schweigen Sie,“ herrschte der Inspektor den Redner an. „Erst mag er, nachher mögen Sie sprechen. Weiter!“

„Er begreife sich von vornherein sehr freundlich, wir tauschten Feuer für die Zigarren aus, schließlich stellten wir uns einander vor, er machte den Anfang. Mein Name ist Höfel, sagte er, worauf ich ihm den meinen natürlich auch nannte.“

„Sein Name ist Höfel,“ rief Hornemann 2.

„Sie sollen schweigen,“ zürnte der Beamte. „Lassen Sie ihn ausreden, dann muß er Sie auch ausreden lassen!“

„Wie das nun während einer Eisenbahnfahrt zu gehen pflegt,“ fuhr Hornemann 1 fort, „kamen wir von gleichgültigen Gegenständen allmählich auch auf den Zweck unserer beiderseitigen Reise zu sprechen. Er erzählte mir, daß er ebenfalls nach Wien reise, um sich dort eine Stellung zu suchen, ich berichtete hierauf über meine Absichten. Unterwegs werde ich aussteigen, sagte ich, um ein Geschenk für meine Braut zu kaufen, ich benutze dann den nächsten Zug und treffe immer noch rechtzeitig genug in Wien ein. Meine Braut erwartet mich nicht früher.“

„Welche Unterjährtigkeit!“ murmelte Hornemann 2.

„Sie sind also auch — um diesen Punkt vorweg zu nehmen — hier ausgestiegen?“

„Wie Sie sehen.“

„Haben Sie Ihre Fahrkarte abgestempelt lassen?“

„Abstempeln? Nein, Herr Inspektor.“

„Warum nicht? Sie mußten sich doch die Fahrtunterbrechung beschleunigen lassen?“

„Ja, gewiß. Aber inzwischen ereignete sich der ärgerliche Zwischenfall und dann habe ich natürlich nicht wieder daran gedacht.“

„Wo haben Sie Ihre Karte?“

„Hier.“

„Gut.“ Inspektor Mertens machte eine Pause. „Wie kommt es nun,“ setzte er dann das Verhör fort, „daß jener Höfel — angenommen Sie sprächen die Wahrheit — ebenfalls hier ausgestiegen ist? Hatte er das beabsichtigt?“

„Nicht, daß ich wüßte.“

„Sagen Sie keine Vermutung in Bezug hierauf?“

„Ich kann nur vermuten, daß es ihm auf ein paar Stunden nicht ankam und daß er, um in Gesellschaft mit mir die Fahrt fortzusetzen, den Entschluß gefaßt hat, ebenfalls auszustiegen.“

„Haben Sie ihn aussteigen sehen?“

„Ich habe nicht darauf geachtet.“

„Er will aber den Bahnhof verlassen haben — zu

welchem Zweck sollte er sich denn vom Bahnsteig entfernen haben?“

„Vielleicht, um nach mir zu suchen, er hat mich vermutlich im Gedränge aus den Augen verloren. Es herrschte außerordentlicher Andrang.“

„Warum schließen Sie auf eine so große Anhänglichkeit seinerseits?“

„Nun, man reist doch gern in Gesellschaft. Wir hatten ein Ziel und uns außerdem einander ziemlich genähert. Möglicherweise —,“ der Sprecher hielt verlegen inne.

„Möglicherweise — was?“ fragte Mertens scharf.

„Möglicherweise dachte er auch schon daran, mich in irgend einer Weise um mein Geld zu bringen.“

„Insammer Verleumdung!“ brauste Hornemann 2 wütend auf. „Jedes Wort eine Lüge!“

„Ruhe, Herr! Sie kommen sogleich an die Reihe!“ Und sich zu dem Beschuldigten zurückwendend, sprach der Beamte ernst: „Sie haben da einen recht bösen Verdacht ausgesprochen, Herr; Sie tun besser, Ihre Gedanken für sich zu behalten. Es ist ein Unterschied zwischen einem Gelegenheitsverbrechen und einem beabsichtigten oder geplanten. Noch einmal also: Sie haben unterwegs diesem Herrn Höfel Ihre ganzen Verhältnisse auseinandergesetzt?“

„Leider, Herr Inspektor.“

„Er hat Ihre Geldbörse gesehen?“

„Ich zählte mein Geld, während wir allein waren.“

„Das war eine Unflughet.“

„Eine bei einem armen Menschen, der noch nie soviel Geld besessen, verzeihliche Prahlerei, Herr Inspektor.“

„Um, er hat auch den eingravierten Namen gelesen?“

„Ich habe ihn selbst darauf aufmerksam gemacht.“

„Woher weiß er die Wohnung Ihrer Braut?“

„Er gab an, in Wien bekannt zu sein und frag mich darnach. Ebenso nach meinem Geschäft.“

„Ziel Ihnen diese Neugier nicht auf?“

„Durchaus nicht, er berichtete mir ja auch, wo er bei

sei, wo er in Berlin gewohnt habe und so weiter. . . . Mai

Man darf gespannt sein, welches Echo dieser Vorschlag finden wird.

Wünsche der mittleren Finanzbeamten. In § 6 der Verordnung der großh. Zoll- und Steuerdirektion über die Benutzung des Fahrrades und der Schneeschuhe zu dienstlichen Zwecken heißt es: Besitzt ein Beamter ein eigenes Kraftfahrzeug, so kann er von der Direktion ermächtigt werden, für solche Fälle, in denen die Benutzung eines besonderen Gefährtes zulässig ist, ein Kraftfahrzeug zu verwenden. Hierzu wird der Zeitschrift süddeutscher Finanzbeamten geschrieben: Nachdem nun die Fuß- und Adresskosten bis zum letzten Kilometer hergeleitet sind, herrscht nur noch darüber Zweifel, in welchen Fällen der Finanzbeamte ein besonderes Gefährte benutzen darf und in welchen er die Dienstreise zu Fuß machen muß. Gibt es hierüber keine für alle Beamten gültigen, festen Regeln? Während Forstbeamte, Notare, Bezirkskommissare u. a. nach Orten, die nicht an der Bahn liegen und 2 Kilometer von der Bahnstation entfernt sind, Fußwege allgemein benutzen können, müssen die mittleren Finanzbeamten, wenn sie das nämliche tun, sich stets über die besonderen Gründe der Vermutung des Gefährtes rechtfertigen. Es wäre äußerst wünschenswert, daß die Vereinfachung sich wegen Klarlegung dieser keineswegs unwichtigen Frage mit einer Eingabe an das Finanzministerium wendete.

Badische Politik.

Großblock oder Kleinblock?

Zum Abschluß des Blocks unter den liberalen Parteien schreibt neuerdings die „Freisgauer Ztg.“: „Diese Abmachung ist, vom Standpunkt der allgemeinen politischen Lage in Baden betrachtet, keineswegs befriedigend, denn es fehlt ihr vor allem die absolut sichere Grundlage für ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Linken für den zweiten Wahlgang. Und die Gefahr der sogenannten „Wittumerei“ ist eher vergrößert denn beseitigt. Das zeigt u. a. sehr deutlich der mühsam verborgene Jubel der Zentrumsblätter, die sich heute schon Hoffnungen machen, daß die Kleinblock-Abmachungen nach dem Definitivum und mancherlei Änderungen vor der endgültigen Genehmigung durch die Landesversammlung der nationalliberalen Partei unterworfen seien. Wohl glaubt man, daß ein allgemeiner Großblock für den ersten Wahlgang nicht zustande kommt, aber man hofft in geeigneten Teilabmachungen die Grundlage für eine Sicherstellung des Großblocks für den zweiten Wahlgang zu erreichen. Es wäre erfreulich, wenn das Resultat der neuen Verhandlungen so ausfallen würde, daß sich keiner der Großblock-Kontrahenten benachteiligt fühlen muß. Wir selbst stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine geschlossene Großblocktaktik schon für den ersten Wahlgang möglich gemacht werden könnte, wenn die drei beteiligten Parteien das feststehende Ziel scharf im Auge behalten und auf Einzelvorbehalte verzichten. Wir sind überzeugt, daß eine Verständigung der nationalliberalen Partei mit der Sozialdemokratie nicht allzu schwer fallen dürfte, zumal sich beide Parteien bei früheren Abmachungen immer von loyalen und politisch-ehrlichen Gesichtspunkten leiten ließen.“

Der Meinung sind auch wir.

Ein Vorschlag.

Der Mannheimer „Generalanzeiger“ veröffentlichte dieser Tage einen Artikel, in welchem die allgemeine und parteipolitische Situation im Lande Baden erörtert wurden. Es heißt da u. a.:

„Der Großblock war ein Versuch, die liberalen Traditionen Badens zu retten gegen den Andrang des von Wader geführten Zentrums. Zweifelslos hat er bisher die ihm gestellte Aufgabe recht und schlecht gelöst. Aber unter welchen Mühseligkeiten und Schwierigkeiten! Aber wird er, da er so schwer und mühsam nur arbeitet und naturgemäß nur arbeiten kann, da die Schwierigkeiten ihn am Leben zu erhalten, anscheinend nicht geringer, sondern größer werden, wird er auch ferner seine Aufgabe gerecht werden können? Jedenfalls stehen wir seit längerem vor der Tatsache, daß die Parteien, die dem Großblock so mannigfache Opfer zu bringen genötigt waren, mehr und mehr sich sehnten, ihre Freiheit und Selbstständigkeit des Handelns wiederzuerlangen, sich einer Fessel zu entledigen, die sie wir bekennen müssen, sie alle gedrückt hat, auch wenn wir gleichzeitig das hohe politische Verantwortlichkeitsgefühl dieser Parteien anerkennen, das sie diese Fessel willig tragen ließ. Das Verlangen, auf anderen Wegen zum gleichen Ziele zu gelangen, wurde mächtiger und mächtiger — so entstand eine sehr lebhaft agitierte für die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens. Aber die Regierung war und ist wohl noch abgeneigt.“

Zum Schluß appelliert der Verfasser des Artikels an den Großherzog mit einem kühnen Entschluß, den Willen des Volkes zum Willen seiner Regierung zu erheben.

Soziale Rundschau.

Alterschwäche keine Krankheit. In einer verwaltungsgerichtlichen Streitfrage, bei der es sich um die §§ 1 und 6 des Krankenversicherungs-gesetzes handelte, entschied der Verwaltungsgerichtshof dahin: Alterschwäche als solche ist allerdings keine Krankheit; denn der dem Greisenalter eigene Kräfteverfall und die damit verbundene natürliche Milderung der Organe ist ein Zustand normaler Entwicklung des menschlichen Körpers. Der Umstand, daß die Erkrankung (an Bronchitis) nach Greisenjahre und Grad durch das hohe Alter des Erkrankten beeinflusst und mitbedingt ist, schließt aber den Begriff der Krankheit im Sinne des Krankenversicherungs-gesetzes nicht aus. Die zur Alterschwäche hinzutretende Erkrankung an Bronchitis hat auch erst die Erwerbsumsetzung Erkrankung an Bronchitis herbeigeführt, die Alterschwäche ist lediglich der Ursache der Erwerbsumsetzung gewesen. Der Anspruch auf Krankenunterstützung (ärztliche Behandlung und Arznei, Krankengeld) ist daher begründet.

Kommunalpolitik.

Sagsfeld, 16. Mai. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Bürgerauschussfraktion werden zu einer Sitzung auf heute, Freitag, 16. Mai, im Gasthaus zur „Kanne“ zwecks Vorbesprechung freundlichst eingeladen.

Knieflingen. Zu unserem gestrigen Artikel betr. „Bürgermeisterei und Abgabe von Leholz“ wird uns geschrieben: Es ist in früheren Jahren hier streng darauf gesehen worden, daß die hier ansässigen Nichtbürger keinerlei Holz aus dem hiesigen Gemeindefeld holen. Neuerdings ist dieses Verbot, allerdings nicht förmlich, aufgehoben worden, sondern es wurde stillschweigend gebilligt, daß die sog. „Fremden“ Leholz im Walde holen. Nun sind vor einiger Zeit hiesige Bürgerfrauen wegen Vergehens gegen die Feldpolizeiordnung bestraft worden. Diese demagogischen nun aus Mache die Nichtbürger, die Leholz holten, bei den Waldwächtern und machten letztere sehr resp. verschoben sie sehr zu machen. Es besteht unseres Erachtens weder ein Recht der „Fremden“, Leholz zu holen, noch kann es aber denselben, weil Umlagezahler, verboten werden. Es sollte hierüber von den berufenen Instanzen endlich einmal ein Urteil gefällt werden, da dieser Zustand auch in anderen Gemeinden in der Nähe größerer Städte vorhanden ist.

* Bei der Bürgermeistereiwahl in Kieselbrunn wurde der seit 24 Jahren an der Spitze der Gemeinde stehende L. Wolf mit Wiederwahl wiedergewählt.

* Submissionsblüte. Bei der Eröffnung der Submission zum Straßenbahnbau Schlierbach-Neudargen (Verlängerung der Heidelberger Straßenbahnlinie) ergab sich, daß das Höchstgebot mit 112 200 Mk. beinahe doppelt so hoch ist, als das niedrige Angebot.

* Nur im Frack in den Säfen der Ehe. Der Standesbeamte von Weinsheim, Herr Dr. Weisstein, gibt öffentlich kund und zu wissen:

„Wir haben leider wahrnehmen müssen, daß die Verlobten, insbesondere der Bräutigam, bei der Eheschließung in unpassender Kleidung vor dem Standesbeamten erschienen.“

Eindrücke von Bern.

Man sagt uns Zeitungsmenschen nach, daß wir fast alle unter der Berufsfrankheit leiden: Wir können nichts für uns behalten! Wir müssen das, was wir leben und hören, stets auch anderen durch die Zeitung mitteilen. Und einige meiner politischen und persönlichen Freunde behaupten, daß auch ich mit dieser Krankheit schwer belastet sei. Am Ende haben sie recht. Aber ich muß doch zu meiner Verteidigung das Berufsgeheimnis des Journalisten preisgeben: Was mich interessiert, könnte möglicherweise auch den einen oder anderen Zeitungsleser interessieren!

Man könnte es sich ja viel bequemer machen, wenn man über das, was man irgendwo gehört und gesehen, nichts schreiben, wenn man sich mit den empfangenen Eindrücken, mit dem Genieszen an sich begnügen würde. Aber das bringt man nicht fertig; es rumort im Kopfe herum, dreht sich und wendet sich, als wollte es sagen: Laß mich heraus, dann bist du von mir befreit. Und in der Tat: Ich's heraus und hat man sich dies und jenes von der Seele geschrieben, dann ist's wieder ruhig in dem wunderbaren Oberflächlichen, das uns alle mehr oder minder stark in unserm Tun und Treiben beeinflusst.

Auch über Bern rumort es in meinem Kopfe, auch da sah ich in den zweimal 24 Stunden, in denen ich dort verweilte, manches, das ich anderswo nicht gesehen. Auch da ergänzten sich die Eindrücke über das Parteileben, über das Nationalitätenproblem und andere Dinge. Nicht zuletzt lohnt es sich auch, der Stadt Bern und ihrer landschaftlichen Lage eine kurze Betrachtung zu widmen, denn die schweizerische Regierungszentrale ist wirklich eine schöne Stadt. Aber davon später. Zunächst zu dem, was einem immer am ehesten festsetzt:

Der Verlauf der Tagung.

Die Berner Konferenz war kein sozialistischer Kongreß, wenn auch die deutsche, die schweizerische und die französische Sozialdemokratie an ihr hervorragend mitgewirkt haben. Man bemühte sich sogar peinlich — und mit einem gewissen Recht — die Parteigegenstände nicht in den Border-

In Zukunft müssen wir gemäß § 268 Ziff. 2 der D. B. f. St. unsere Mitwirkung bei der Eheschließung ablehnen, wenn uns bekannt ist, daß die Brautleute nach ihren Vermögens- resp. Einkommensverhältnissen zur Beschaffung eines entsprechenden Anzuges (Herren: schwarzer Gehrock oder Frack) in der Lage sind und dennoch in einem gewöhnlichen Strahmanzuge zur Eheschließung erscheinen.

Unbemittelte Personen berührt diese Anordnung selbstverständlich nicht.

Geschehen am 23. April 1913, im Zeitalter vereinfachter Lebensart und des Fortschritts.

* Ein Prozeß gegen die Stadt Meersburg. Im Schadenersatzprozeß, den der frühere Spitalverwalter Egger in Meersburg gegen die Stadtgemeinde Meersburg wegen rechtswidriger Kündigung bezw. Vertragsbruchs führt, hat die 2. Zivilkammer des Landgerichts Konstanz ihr Urteil dahin erlassen: Die Stadtgemeinde Meersburg ist schuldig, wegen widerrechtlicher Vertragskündigung allen dem Kläger noch zu erwachsenden Schaden zu ersetzen. Der Streitwert ist auf 25 000 Mk. festgesetzt.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Flugchriften.

Wir möchten heute die Aufmerksamkeit unserer Leser einmal auf eine Sammlung wertvoller kleiner Agitationsproschriften lenken, die seit einigen Jahren in fortwährender Folge im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erscheint und die bisher leider im allgemeinen nicht das Interesse der Parteigenossen gefunden hat, das sie ihrer Reichhaltigkeit und ihres agitatorischen Wertes wegen verdient. Wir reden von der Sammlung „Sozialdemokratischer Flugchriften“, von der bisher 19 Hefte erschienen sind; jedes dieser Hefte umfaßt 16 Seiten und kostet in starkem Umschlage nur 10 Pf.

Die Sammlung, die auf Veranlassung des Parteivorstandes herausgegeben wird, verfolgt den Zweck, alle neuauftauchenden wichtigeren Fragen des öffentlichen Lebens in knapper und ganz volkverständlicher Darstellung vom sozialdemokratischen Standpunkte aus zu betrachten. So ist neuerdings (als letztes Heft der Sammlung) eine kleine Schrift erschienen, die den Jubiläumsummel dieses Jahres unter die kritische Lupe nimmt und (unter dem Titel „Dichtung und Wahrheit über 1818“) in einer Reihe von Kapiteln den bürgerlichen Märchen über die Zeit der Befreiungskriege die atemwährende Wahrheit gegenüberstellt. Seiner Ausgrabungen aus der damaligen Zeit wegen ist das Heftchen nicht nur von aktuellem, sondern auch von dauerndem Wert.

Von besonderer aktueller Bedeutung sind im Augenblick wegen der Kämpfe um die Militärvorlage auch die Hefte Nr. 5 „Die Sozialdemokratie und das Meer“, Nr. 12 „Imperialismus oder Sozialismus“, Nr. 14 „Die Greuel des Krieges“ und Nr. 15 „Krieg dem Kriege!“

Zum Kampfe gegen den Reichsverband bietet sehr wertvolles atemwähendes Material das Heft Nr. 13 „Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor Gericht“.

Für jeden agitatorisch tätigen Genossen ganz unentbehrlich sind Hefte wie die folgenden: „Lebensmittelwucher und Warenentwertung“ (Nr. 6), „Die indirekten Steuern, wer sie zahlt und wem sie nützen“ (Nr. 8); jeder in der Kommunalpolitik tätige Genosse möchte lesen: „Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen“ (Nr. 3), für die Landagitator von höchstem Werte ist Nr. 11: „Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie“.

Bei dem Kampfe der politischen Parteien um die Privatangelegenheiten, sowie um die Staats- und Kommunalbeamten werden unseren Genossen stets vorzügliche Dienste leisten: Nr. 4 „Die Sozialdemokratie und die technischen Angelegenheiten“ und Nr. 7 „Beamtenschaft und Sozialdemokratie“.

Eine knappe aber sehr passende Einführung in die grundsätzlichen Auffassungen unserer Partei gibt das Heft Nr. 9 „Warum muß die Sozialdemokratie sein?“ Von stets gleichbleibendem allgemeinem Interesse ist Nr. 2 „Vollbildung, Kunst und Sozialdemokratie“, Nr. 1 „Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung“ ist zur Zeit vergriffen.

Wir hoffen, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um unsere Genossen nicht nur zur Anschaffung der im Verhältnis zu ihrem Werte so überaus billigen Hefchen, sondern auch zur regsten Agitation für die ganze Sammlung zu veranlassen.

Weingarten, 14. Mai. Gedenkfeier. Samstag, den 17. Mai, abends 9 Uhr, findet im „Lamm“ aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens der deutschen Sozialdemokratie eine glänzende Gedenkfeier statt, wobei der Arbeitergesangverein „Vorwärts“ mitwirken wird. Gen. Dietrich-Karlstraße hält hierbei die Feirede. Zu dieser Feier sind die Parteigenossen und Volks-

grund zu stellen. Denn es war eine Sache der zwei Nationen und ihrer politischen Vertreter, für die in Bern gearbeitet wurde, keineswegs eine bloße Parteiveranstaltung. Von vornherein war die Tendenz der Einberufer und Leiter der Konferenz darauf gerichtet, für ihr Programm möglichst viele Parlamentarier und sonstige in Deutschland und Frankreich einflussreiche Männer zu gewinnen. Aber gleichwohl zog ich doch verschiedene Schlüsse auf das französische und deutsche Parteileben.

Die internationalen Kongresse und Zusammenkünfte sind interessanter und lehrreicher, wie etwa die deutschen Parteitage. Natürlich sind beide notwendig, aber auf einem deutschen sozialdemokratischen Parteitag weiß man ungefähr immer, was kommt oder kommen könnte. Anders steht es mit der Beurteilung internationaler sozialistischer Tagungen. Man lernt da nicht nur die französischen, englischen oder russischen Parteigenossen, sondern in ihnen zugleich die Eigenheiten ihrer Nation, ihrer Sitten und Sprache, ihres Temperaments und ihrer Lebensgewohnheiten kennen. Und das oft rascher und eindringlicher, wie durch dicke Bücher und gelehrte Abhandlungen. Denn der lehrreichste Unterrichtsgegenstand ist eben noch immer der Mensch.

In Bern gab es ja nur drei Nationen, die es miteinander zu tun hatten, die Schweizer, die Deutschen und die Franzosen. Und der Sprachunterschied reduzierte sich, entsprechend dem Charakter der Schweiz, auf die deutsche und französische Sprache. Aber auch schon das genügte, um uns die Verschiedenheiten der Nationen gar oft eindringlich erkennen zu lassen. Für den Schweizer ist sozusagen die Ausschaltung der Klassengegenstände im öffentlichen Leben zum Teil eine Selbstverständlichkeit. Nicht, als ob es in der Schweiz keine Klassengegenstände gebe; keineswegs. Der Kapitalismus tritt in der Schweiz genau so brutal auf wie in Frankreich und Deutschland, und die Schweizer Arbeiter werden nicht minder ausgebeutet, wie ihre französischen und deutschen Lebensgenossen. Aber konnte es in Deutschland und speziell in Preußen vorkommen, daß ein früherer Maschinenmeister — der jetzige Redakteur der sozialdemokratischen Berner „Laubacht“ und

macht aus derartigen Dingen doch in der Regel kein Geheimnis, wenn man ein gutes Gewissen hat.“

„Gut. Bitte, nehmen Sie Platz. — Jetzt dürfen Sie reden, Herr Hornemann 2. Was sagen Sie zu der Darstellung Ihres Doppelgängers?“

„Daß er gelogen hat — nichtswürdig gelogen! Das heißt, was er gesagt hat, ist alles wahr, nur bin ich Hornemann und er hat sich mir als Höfel vorgestellt.“

„Bis auf diesen Umstand also ist seine Erzählung richtig?“

„Ganz richtig, Herr Inspektor.“

„Nehmen wir einmal an, Sie wären der Rechte: warum ist Ihrer Meinung nach Höfel hier ausgeflogen?“

„Ich weiß es nicht.“

„Hat er vorher eine dahingehende Absicht kundgegeben?“

„Keineswegs. Ich glaube auch, er ist gar nicht ausgeflogen, um bis zum nächsten Zuge zu warten, sondern nur, um während des Aufenthalts sich auf der Station ein wenig Bewegung zu machen. Da mag er wohl das Ausrufen des Hundes gehört haben und da er, weil ich mich nicht meldete, annehmen mußte, ich hätte den Bahnhof verlassen, entstand der Plan in ihm, sich anstatt meiner in den Besitz des Geldbrettels zu setzen. Mit seiner genauen Kenntnis des Inhalts und des Aussehens hoffte er, müßte ihm der Betrug wohl gelingen.“

„Sie schreiben mir da Ihre eigenen Gedanken zu, Herr Höfel,“ verteidigte Hornemann 1 sich entrüstet.

Inspektor Mertens stand einige Augenblicke mit gesenktem Kopfe da. Forischend ruhten seine scharfen grauen Augen auf den beiden Männern. Plötzlich sagte er: „Sie müssen sich eine Durchsichtung gefallen lassen, meine Herren. Nur auf diese Weise läßt sich vielleicht das seltsame Rätsel aufklären. Möglich, daß doch einer von Ihnen Papiere oder Schriften bei sich trägt, die auf seine wirkliche Herkunft schließen lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Acquieszenz freundlichst eingeladen. Von den Parteigenossen erwarten wir dringend, daß sie nicht nur selbst erscheinen, sondern auch eifrig für den Besuch dieser Veranstaltung tätig sind, um dieselbe zu einer würdigen zu gestalten. (Siehe Inserat.)

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Arbeiter in der Bügelleisenfabrik Neuenbürg

und jetzt immer interessanter. In den Vermittlungen der Streikbrochereagenten scheint die Firma noch nicht genug zu haben; auch selbst besorgt sie das schwere Handwerk. Unterm 8. Mai verfaßte sie folgendes Schreiben an ein paar arbeitswillige Elemente, die auch auf den Reim getroffen sind:

Herrn Karl Wieland u. Joseph Silberbauer, Karlsruhe.

Im Besitze Ihres Angebotes, teile Ihnen mit, daß Sie und Ihre Kollegen, sofern Sie nicht organisiert sind, Stellung bei mir finden können. Infolge Kündigung eines Arbeiters, der sich Unvorsichtigkeit zuschulden kommen ließ (also keine Lohnbewegung), haben vor ca. 3 Wochen meine organisierten Schleifer und Polierer die Arbeit vertragsbrüchig niedergelegt. Demzufolge habe ich auch den übrigen organisierten Arbeitern gekündigt und laßt die Kündigung am kommenden Samstag, dem 10. d. M., ab. Ich werde nun mit dem kleinen Teil meiner nicht organisierten Arbeiter sowie mit unorganisierten Neueingestellten den Betrieb weiter führen und können auch Sie dauernde Stellung haben. Sie müssen sich jedoch verpflichten, so lange Sie in meinen Diensten sind, nicht in den Metallarbeiterverband einzutreten. Ich stelle von Bügelleisen her und werden dieselben im Accord gemacht. Meine eingearbeiteten Leute verdienen je nach Fleiß und Geschicklichkeit 3.50 M. bis 6.50 M. und mehr pro Tag bei 10stündiger Arbeitszeit. Erst wenn Sie hier sind, kann ich mich entscheiden, in welcher Abteilung Sie und Ihre Kollegen beschäftigt werden können. Bis Sie eingearbeitet sind, würde ich Ihnen einen Tagelohn garantieren, dessen Höhe je nach Leistung festgesetzt wird. Die ersten drei Tage sind kündigungsfrei für beide Teile, hernach tritt 14tägige Kündigung in Kraft. Ich respektiere nur auf fleißige, nützliche Leute, welchen an einer dauernden Stellung gelegen ist. Ich mache Sie noch darauf aufmerksam, daß Sie wahrscheinlich von den von mir ausgetretenen Arbeitern veranlaßt werden, die Arbeit nicht aufzunehmen und müssen Sie selbst bemußt sein, ob Sie Warnung genug sind, trotzdem die Arbeit aufzunehmen. Für gute Unterkunft bei nichtorganisierten Arbeitern würde ich belanglos bleiben. Ich sehe Ihrer Nachricht entgegen, ob und wann Sie anfangs kommender Woche gewiß sind, zu kommen und wollen Sie nicht übersehen, Ihr Billet nach Neuenbürg Stadtbahnhof zu lösen, da dieser Bahnhof in der Nähe der Fabrik ist. Achtungsvoll Hr. Waldbauer.

Dasselbe Schreiben ist auch an einige Arbeiter in Nürnberg versandt und wurde denen sogar noch eine Mißhandlung von 6 M. versprochen. Man sieht aus alledem, daß die Firma doch wohl nicht zufrieden ist mit dem Ergebnis ihrer Streikbrochereprobe. Gewisslich ist es ja, daß die Arbeiter aus Neuenbürg absolut nicht auf den Reim kriechen und von den anderen Arbeitwilligen haben wir die feste Überzeugung, daß sie sehr bald der Fabrik Waldbauer wieder den Rücken kehren. Wie sehr die Firma die Öffentlichkeit fürchtet, beweist, daß die Streikbrochere aus Essen auf Strohsäcken in der Nacht schlafen müssen und weiter keine Bekanntschaft anknüpfen können, als mit den Matratzen, die in großer Anzahl in der Nacht die Wohnung dieser nützlichen Elemente gemeinschaftlich teilen. Interessant ist, daß die Firma für jeden Streikbrocher 5 M. pro Tag nebst freier Verpflegung zahlen muß. Was der Herr Lange aus Essen für seine nützlichen Dienste, der Vermittlung von Streikbrochern, bekommt, das wissen wir zwar nicht, aber er wird jedenfalls von den billigen keiner sein. Auch die Polizei machen diese Elemente selbst; sie sind alle mit Revolvern ausgerüstet. Die Landjäger mögen sich nur versehen, daß sie nicht eines schönen Tages die Hieselbe dieser Edlen der Nation werden.

Der Streik bei der Bicolorfabrik Schuler in Jülich i. A. ist nach 13tägiger Dauer beendet. Durch Vermittlung des Staatsanwaltes Schindler fanden Verhandlungen statt, die zum Abschluß eines Tarifvertrages führten. Danach beträgt der Anfangslohn für Arbeiter von 16-20 Jahre 19 M., von 20 Jahren aufwärts 20 M. mit einer weiteren Steigerung von 18 Prozent, verteilt auf vier Jahre. Der Anfangslohn für Arbeiterinnen beträgt 10 M. pro Woche, steigend in jedem weiteren halben Jahr um 1 M. bis zu 18 M. Für Überstunden werden 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Arbeitszeit wird um zwei Stunden pro Woche vermindert. Außerdem wurden noch verschiedene sonstige Vordrängungen zugestanden. Die Ausständigen sollen bis zum

19. Mai alle wieder eingestellt werden. Der über diese Firma verhängte Döhlott ist somit wieder aufgehoben.

Streiks- und Lohnbewegungen im Sattlergewerbe. Die Sattler und Tapezierer der Karosserie- und Wagenfabrik in Pauen haben ihr Arbeitsverhältnis aufgelündigt, weil der Unternehmer es ablehnt, über die eingereichten Forderungen mit den Arbeitern zu verhandeln. — Bei der Reiffersche Fabrik der Firma Melzig in Liegnitz haben sämtliche dort beschäftigten Sattler die Arbeit niedergelegt. — In der Reiffersche Fabrik in Hannover wurde die Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich vermindert, die Löhne um 2 M. erhöht, wozu am 1. April 1914 eine weitere Zulage von 1 M. pro Woche tritt. Die Accordpreise erfuhren eine Erhöhung von 3-7 Proz. In den größeren Betrieben wurde auch bezahlter Sommerurlaub gewährt, dessen Dauer mit der Zeit der Beschäftigung wächst und nach fünf Jahren sechs Tage währt. Für den Anfang ein beachtenswerter Fortschritt. Dazu kommen noch die Vergütungen für Überarbeit und früherer Arbeitslohn an den Vorabenden vor Feiertagen ohne Lohnabzug. Kechnliche Erfolge ohne Forderungserhöhung wurden in der Warenbranche erzielt.

Nach dem Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Der am 10. April von der polnischen Berufsvereinerung begonnene Streik der ober-schlesischen Bergarbeiter ist nach einer dreiwöchigen Dauer und mühseligen Saitung der Streitenden am Vorabend des Pfingstfestes zum Zusammenbrechen gekommen. Mehr als 70 000 armer, fleißiger Bergarbeiter, lantier gut e Chriften, stecken die Arbeit ein, nachdem alle ihre Wünsche auf Aufhebung ihres färglichen Lohnes brutal abgelehnt waren. Sie wollten durch den Streik ihre hochgehenden, schmerzlichen, patentdriftlichen „Protekte“ erzwingen, wenigstens einen Teil der Forderungen zu erfüllen. Standhafte ertragen sie den Hunger mit ihren Familien, führen sich musterhaft, aber die christlichen Gubenmagnaten kannten kein Erbarmen. Hochens auf die Millionen, die sie fett haben und Jahrzehnten aus diesen armen Bergleuten herausgepreßt haben, schenken sie sich nur alles ab, sondern drohen ihren Landesherren und Glaubensgenossen mit Vertreibung, Enteignung der herrschaftlichen Wohnung, der Deputathöfen und anderer magnatischer „Wohltaten“, falls sie nicht sofort und bedingungslos zur Grube zurückkehren würden. Und die Regierung, die doch die Armen und Schwachen gegen die Mächtigen schützen soll, entjandte Gendarmen und Polizisten in großer Zahl — zum Schutze der Magnaten.

Die polnische Berufsvereinerung, die den Kampf ohne Rücksicht auf den anderen Verbänden einleitete, und die trotz dringenden Abtraten des Genossen Böffler, Vertreters des Bergarbeiterverbandes, den Streik beschloß, hat ein leichtfertiges Spiel mit den Arbeitern getrieben. Sie haben ihnen zu viel versprochen und davon zu wenig gehalten. — Der Bergarbeiterverband, der jede Verantwortung für die Bewegung abgelehnt, seinen Mitgliedern jedoch strenge Solidarität anempfohlen hatte, schloß am 5. Mai, nach Ablauf der 2. Streikwoche, seinen Mitglieder die statubgemäße Unterstützung, während die großmühtigen Polenführer keinerlei Anstalten trafen, auch ihren Leuten die Unterstützung auszusagen. Damit legte schon die Enttäuschung ein. Tausende liefen zur Arbeit, während andere mit Gewalt auf Auszahlung der Unterstüzung drängten. So mußte die Leitung der Berufsvereinerung denn am 7. und 8. Mai mit den Auszahlungen beginnen. Das war aber der sofortige und gängliche Zusammenbruch des Streiks. Mitglieder, die jahrelang der Vereinerung angehört, erhielten 5-8 M., die jüngeren 2-3 M. Die Empörung der Leute kannte keine Grenzen; vielfach mußten die Führer polizeilichen Schutz nachsuchen, um sich vor Schlägen zu retten. Mehr als 10 000 liefen vor Müd und Empörung am 8. Mai zur Grube und so blieb den Bergarbeitern nur noch übrig, so schnell als möglich den Streikabbruch zu beschließen. Die Revierkonferenz am 8. Mai, die den „Abbruch“ beschloß, nahm eine Resolution an, in der die Bergleute von neuem belogen werden. Die nach M. Gladbacher Muster abgefaßte Resolution besagte u. a.: „In eingehender Erwägung der Sachlage zu der Überzeugung gekommen, daß die Mehrheit der Gruben die Stellung eingenommen hat, daß sie nach Aufnahme der Arbeit die Bergarbeiterforderungen berücksichtigen und die Löhne aufbessern werden. Angesichts dessen hält die Konferenz für richtig, den Streik einseitigen abzugeben und abzugeben, inwiefern die Forderungen der Arbeitgeber bezüglich der Aufbesserung der Bergarbeiterlage nach den Forderungen in Erfüllung gehen.“ — Von einer Berücksichtigung oder Bewilligung der Forderungen ist nirgends die Rede. In demselben Zuge, an dem die Berufsvereinerung diese Resolution annehmen ließ, fand eine Sitzung der Grubenbesitzer im Berg- und Güntenamtlichen Verein statt, wo nach Angabe der Werkspreffe einstimmig beschlossen wurde, den streikenden Bergarbeitern keinerlei Zugeständnisse zu machen, weder in Bezug auf Lohnverhöhung, noch Verfüzung der Arbeitszeit. Daß dieser Beschluß rückwärtslos durchgeführt wird, dafür bürgt das ober-schlesische Herrenmenschenum. Uebrigens werden schon von

allen Gruben Maßregelungen gemeldet, besonders müssen die Arbeiterauschüsse und Sicherheitsmänner kucken. Ebenfalls soll die Kontraktbruchstrafe generell abgezogen werden.

Wie wenig die Führer der polnischen Berufsvereinerung an ihre Resolution glauben, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie noch am Abend des 8. Mai fluchtartig das Revier verlassen haben. Herr Mandowski-Bodum, Vorsitzender der Bergarbeiterabteilung, verließ mit seinem Stabe das Streikrevier und überließ es den armen Vertrauensleuten, die aufgeregte Masse zu beruhigen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 10. Mai einen Bericht aus dem ober-schlesischen Streikrevier, der vor Abbruch des Streiks abgefaßt war und in dem gesagt wird, daß die durch den Streik hervorgerufene Kohlennot sich ganz empfindlich bemerkbar gemacht habe. Besonders die Notzeiten seien überlaxen. Die Abnehmer seien mit jeder Qualität zufrieden.

Gerichtszeitung.

Religionsunterricht mit dem Vahrisch. Der 40jährige Maxer Hermle von Vieitingen hatte sich wegen Körperverletzung im Amt vor dem Strafamt in Rastatt zu verantworten. Die Anklage legte dem Maxer zur Last, daß er sich der vorsätzlichen Körperverletzung im Amt schuldig machte, indem er während des Religionsunterrichts im Jahre 1911 dem Schüler der vierten Volksschulklasse Karl Widmer mit einem fingerbreiten Stöckel auf Kopf, Baden und Rücken und am 23. August 1912 dem 10jährigen Arthur Holz drei Schläge gab, daß sich blutunterlaufene Schlämen und Schwellen bildeten. Das Gericht sprach den Angeklagten von der erhobenen Anklage frei mit der Begründung, daß er bei Erteilung des Religionsunterrichts kein Beamter im Sinne des Gesetzes sei. Es liegt auch weder eine strafbare Übergriffung des Pädagogischen noch eine jahrelange Körperverletzung vor, obwohl die Handlungswelt der Verklagten auf unterschiedenste mitbildigt werden muß.

Neues vom Tage.

Opfer der Alpen.

Basel, 14. Mai. Die in den Walliser Bergen verunglückten beiden Deutschen, deren Leichen in einer Gletscherkluft im Fuße des Grand Combin aufgefunden wurden, sind aufgefunden worden infolge eines Wundstiches abgetötet. Schanze war Ingenieur einer Aluminiumfabrik in Dresden. Sein Unglücksgefährte Erik stammt aus Karlsruhe.

Falschmünder.

Hannover, 14. Mai. Gestern wurde in Linden ein Monteure und ein Arbeiter festgenommen. In der Wohnung des Monteurs wurden eine große Anzahl Ein- und Fünfmarkstücke und das zur Herstellung benutzte Handwerkzeug gefunden. Nach die Mutter des Monteurs wurde wegen Verdachts der Beihilfe verhaftet.

Selbstmord eines Richtersassessors.

Berlin, 14. Mai. Der „Volksanzeiger“ meldet aus Jena: In der Nähe der Haltestelle Parabies wurde heute früh auf dem Bahnhöfen eine verstümmelte männliche Leiche aufgefunden. Es handelt sich um den Richtersassessor von Reinhardt aus Stuttgart, der sich vorübergehend in Jena aufhielt. Es wird Selbstmord vermutet.

Der Berliner Anabenmörder.

Berlin, 15. Mai. Ein antiker Bericht über die Untersuchung gegen den Mörder des Schülers Otto Mähm meldet: Bei der weiteren Untersuchung der Sachen des Anabenmörders Josef Ritter genannt man die Überzeugung, daß der Täter nicht nur homosexuelle Neigungen hatte, sondern auch ein ausgeprägter Sadist ist. Als man ihm diese Überzeugung vorhielt, gestand er nach einigem Zögern zu, daß er an dem Anaben Mähm einen Lustmord verübt habe und ein Erstlingsverbrechen des Jungen nicht vorliege. Er habe freis Freude daran gehabt, sein Opfer zu quälen und sich dadurch eine gewisse Befriedigung verschafft. Wie er behauptet, ist er bereits früher einmal wegen seiner anomalen Gelüste in der Irrenanstalt in Landau gewesen. Ob dies der Fall ist, wird erst nachgeprüft werden.

Doppelselbstmord.

Leipzig, 15. Mai. In der vergangenen Nacht erschloß sich in Leipzig-Eutritzsch das zuffische Studentenpaar Andreo-Loite aus Tiefsch, das an der Universität Leipzig studierte. Der Mann war schwer verwundet. Aus hinterlassenen Papieren geht hervor, daß sich das Ehepaar gegenseitig verprochen hatte, daß der Ueberlebende im Fall des Ablebens des einen Teiles freiwillig in den Tod folgen solle. Der Mann überlebte durch einen Schutz in den Mund und die Frau erfüllte das Versprechen, indem sie sich gleichfalls durch einen Schutz in den Mund entlebte.

Nationalrat Robert Grimm, — eine so bedeutende Konferenz, wie die am Sonntag in Bern tagende — eröffnen und einige Stunden leiten könnte? Würde es einer preußischen oder selbst badischen Stadt einfallen, einen Kongress offiziell zu begrüßen, dessen Teilnehmer in der Mehrheit Sozialdemokraten sind? Dazu kommt noch, daß der Nationalrat Müller, der den Auftrag des Stadtrates und des Gemeinderates von Bern ausführte, ebenfalls Sozialdemokrat ist (er versteht das Amt des städtischen Finanzdirektors). Und nicht etwa der Verteidigungs-konferenz allein wurde die Ehre der städtischen Begrüßung zuteil, sondern auch dem schweizerischen Typographenverband, der an den beiden Pfingstfeiertagen in Bern seine Generalversammlung abhielt. Die Zusammenkunft der deutschen und französischen Konferenzteilnehmer am Abend der Tagung im Berner Hof sah als Gäste wiederum mehrere städtische Beamte. Wie nimmt sich dagegen die Haltung des Karlsruher Stadtrates und die Maßnahme der dortigen Polizeibehörde bei der Arbeiterlager-Tagung gegen diese Tatsachen aus? Und Kenner der schweizerischen Verhältnisse bestätigen mir, daß der Kampf der Parteien in der Gemeinde, in den nationalen Parlamenten und im Nationalrat, wie ja auch erklärlich, solange es Interessen-gesänge gibt, nicht minder heftig geführt wird, wie in andern Ländern. Aber man ist nach den geflogenen Debatten nicht mehr Mensch, man achtet und schätzt sich gegenseitig und gesteht jeder Partei die Gleichberechtigung zu, während man in Preußen-Deutschland den Sozialdemokraten noch gar zu häufig als Staatsbürger zweiter Klasse betrachtet, dessen Parteianhänger von vornherein ein moralisches Unrecht ist.

Aber ich wollte eigentlich mehr von den Franzosen sprechen, von ihrer maßlosen Leidenschaft, von ihrer Sucht nach Beifall und Beifallskundgebungen, die manchmal Formen annehmen, die uns kühnen Deutschen ganz unverständlich sind. Im persönlichen Verkehr gibt es wohl selten höflichere und zuvorkommendere Menschen, wie die Franzosen. Wer den bekannnten Intimiliteristen Gerber im Gespräch mit deutschen Parlamentariern beobachtete,

wie er verbindlich lächelte, wie er die Liebenswürdigkeit selbst war, der glaubte nicht, daß dieser kleine Mann mit der gedungenen Figur die wilden Brandartifel gegen den Militarismus schreiben und die heftigen Reden halten konnte, wegen der er insgesamt schon vier Jahre Gefängnis abbrunnen mußte.

Und wie lebhaft sind die Nachkommen der Gallier erst in Versammlungen und Sitzungen? Davon kann sich der Deutsche, der sie in solchen Situationen nie gesehen hat, kaum eine Vorstellung machen. Die schreiendsten Gegen-sätze tun sich auf zwischen dem Berliner und dem Pariser Sozialdemokraten. Als die Nationalräte Grimm und Gerber ihre übrigens meisterhaft ausgearbeiteten Reden — sie lagen gedruckt vor — hielten, riefen auch die deutschen Sozialdemokraten bei einigen Stellen: Bravo! Wie veränderte sich aber das Bild, als diese Reden in die französische Sprache übersetzt wurden? War das ein Beifallsstöhnen, eine vielfache Unterbrechung durch begeisterte Zwischenrufe, die wenn die Redner geendet hatten, fast zu orenbetäubendem Lärm anschwellen. Der Vorsitzende der Berner Friedensgesellschaft, Nationalrat Dr. Gobat, hielt seine Begrüßungsansprache sofort in französischer Sprache; ich bemerkte, wie da die Augen der Franzosen leuchteten, wie sie ihm zuzubekamen, als wollten sie sagen: du machst uns dadurch ein persönliches Kompliment. Das galt auch Konrad Haugmann, dem württembergischen Demokraten, als er die Worte: Wenn wir uns suchen, werden wir uns finden, auf französisch sprach. Gar erst, als am Schlusse der Sitzung die sogenannte Verständigungs-Resolution den Franzosen durch einen Landsmann, den Senator Etournelles de Constant, verlesen wurde, kannte die Begeisterung, der Jubel, die Zurufe keine Grenzen mehr. Jeder einzelne Satz wurde applaudiert, und zum Schlusse trat ein Teil der Teilnehmer sogar auf die Stühle vor Freude, daß das schwierige Werk so gut gelungen war. (Erst durch dieses Beispiel wurden die Deutschen beim Verlesen der Resolution durch Gasse etwas wärmer und sparten nicht am Beifallsstöhnen.)

Anführer der Claque ist eigentlich Saurès: dieser ae-

malte Redner, der in der französischen Kammer mit solcher Leidenschaft spricht, daß er körperlich förmlich durch-nährt ist und jedesmal nach einer größeren Rede das Hemd wechseln muß. Er sah beim Verlesen der Resolution neben Bebel, mit dem er sich unterhielt. Aber kaum waren die ersten Sätze an sein Ohr geflungen, als seine ganze Aufmerksamkeit ihnen galt. Mit wuchtiger Gänarbeit setzte er an einzelnen Stellen ein, seine Landeskunde und Gesinnungsgenossen folgten ihm, und als der nummehrige Vorsitzende des Friedens-Komitees, eben Etournelles de Constant, fertig war, klatschte Saurès unaufhörlich. Er war aufgestanden und an die Tribüne vorgegangen, und man sah ihm an, wie erregt er war.

Andere Menschen, anderes Temperament; bis wir nüchternen deutschen Sozialdemokraten über eine Reso-lution in Jubel ausbrechen, muß ein ganz besonderer An-las vorliegen. Nun weiß man aus der täglichen Erfah-rung, daß die deutsche Parteibewegung in ihrem ganzen Wesen solider ist, daß sie auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands nachhaltiger einwirkt, wie der französische Sozialismus auf die französische Politik, weil diese Begeisterung eben oft nur Strohhalm ist und keine Laten — die nun einmal erst die Voraussetzung aller politischen und sozialen Erfolge sind — erzeugt; aber man darf doch nicht vergessen, daß diese Begeisterung und die faszinierende Leidenschaft, die alles mit sich fortzieht und entgegenstehende Hindernisse ohne viel Widerstand nieder-zwingt, der Welt die französische Revolution von 1789, den Aufstieg zur deutschen Revolution 1848 und den Sturz der französischen Monarchie 1870 gebracht hat. Im republikanischen Frankreich genießt eben doch auch heute noch die geistige und die persönliche Freiheit eine andere Wert-schätzung wie im militärisch-bureaufürstlichen Deutschland.

So trug die Berner Tagung gewiß dazu bei, die Fran-zosen als Parteigenossen und Politiker zu verlehren, und sie werden eingehen haben, daß man mit den deutschen Sauerfratessern jetzt und für alle Zeiten im Frieden leben kann, wenn auf beiden Seiten der ehrliche und feste Wille dazu vorhanden ist

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund.

Das Wasserläs schreit nun diese hören der das... (Vertical text on the right margin)

das mit der Annahme von Paketen nach dem Auslande beauftragte Personal den Paketposttarif genau kennt und eine als Postpaket zulässige Sendung von der Annahme nicht ausschließt, ohne zuvor sorgfältig geprüft zu haben, ob sie als Postfrachtmittel angenommen werden kann.

Die Handelskammer Karlsruhe hat vorgestern ihren Jahresbericht für 1912 erscheinen lassen. Ueber den allgemeinen Teil dieses Berichtes, der schon früher besonders herausgegeben wurde, haben wir das Nähere bereits mitgeteilt.

Die Weilmühle G. m. b. H., welche die rühmlichst bekannten Torpedo- und Moenau-Fahrräder, sowie die anerkannt erstklassige „Torpedo-Schreibmaschine“ fabrizieren, haben hier in Karlsruhe, Amalienstr. 80, eine Zweigniederlassung gegründet.

Unfall. Ein verheirateter Kaufmann aus Berlin-Hallensee verlor gestern nachmittags beim Aussteigen aus einem Zuge auf dem hiesigen Hauptbahnhof das obere Trittbrett, fiel herunter und zog sich einen Unterschenkelbruch zu. Er wurde mit dem Krankenwagen ins städtische Krankenhaus hier verbracht.

Zusammenstoß. Am 14. Mai wurde einem Herrn während eines starken Gedränges auf dem Flugplatz hier der Geldbeutel mit 170 Mk. und einem anderen Herrn in der vom Flugplatz kommenden elektrischen Straßenbahn der Geldbeutel mit 90 Mk. entwendet.

Straßenbahnunfall. Mittwoch vormittag halb 9 Uhr fuhr ein Straßenbahnwagen an dem Bahnhofsübergang bei der Karl- und Mathystraße in die geschlossene Schranke bis auf das Gleis der Staatsbahn. Der kurz darauf durchfahrende Personenzug konnte durch den Bahnhofsmit einem Flaggengeldchen gestillt werden, wodurch ein Zusammenstoß verhindert wurde. Personen kamen nicht zu Schaden, dagegen wurde die Bahnschranke stark beschädigt. Untersuchung ist eingeleitet.

Radschneiderunfälle. Zwei Radschneider stießen Mittwoch nachmittags auf der Molkestraße in der Nähe des Krankenhauses zusammen und fielen zu Boden. Der eine — ein Bäckerlehrling von hier — wurde an den Beinen verletzt; auch wurden beide Räder stark beschädigt. — Ein Radschneider fuhr am 13. Mai nachmittags Ecke Bessingstraße und Kaiserallee gegen das Pferd eines Fußwärters, wurde umgeworfen und überfahren. Auch er erlitt Verletzungen an den Beinen. — Angefahren wurde am 13. Mai abends in der Lammstraße ein händiges Mädchen von einem Radschneider, welcher zu schnell fuhr und sein Barrenmähren gab. Das Kind stürzte zu Boden und zog sich eine Kopfverletzung zu. Der Vorfall hatte eine größere Menschenansammlung zur Folge.

Bestehtig wurde die Person jenes Unbekannten, welcher in der Nacht vom 11. auf 12. d. Mts. auf der Kronenstraße von einer Melnerin und Drömlerfrau zu Boden gestochen wurde und an den Folgen des Sturzes gestorben ist. Der Verthobene ist der 53 Jahre alte, verheiratete, in Durlach wohnhafte Zigarrenmacher Jakob Neppeler aus Grünwettersbach.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Der Süddeutsche Verband für Leichtathletik veranstaltet ebenfalls leichtathletische Wettkämpfe und zwar am kommenden Sonntag, 18. Mai, nachmittags 2 Uhr, auf dem Plage des Fußball-Club „Frantonia“ Karlsruhe, an der Rindheimerstraße. Die Wettkämpfe sind für Erstlinge und Anfänger. Die Meldeliste weist eine Beteiligung von 120 Konkurrenten auf.

Der Gesangsverein „Lyographia“ veranstaltet am Samstag, 17. Mai, abends 8 Uhr, im kleinen Festhallsaal ein Frühlingskonzert, wobei zwei auswärtige Solistinnen, Fräulein Elsa Buchbinder (Sopran) und Fräulein Rosa Buchbinder (Klarke) aus Würzburg, mitwirken werden. Das Programm enthält u. a. im ersten Teil die Arie aus „Mignon“ für Sopran und „Gäugeliebe“ von Karl Bier für Männerchor, während den zweiten Teil ein heiteres Singpiel für Männerchor und Soli mit Klavierbegleitung von Max Rego ausfüllt. An das Konzert wird sich ein Ball anschließen. Das vom 4. Mai „mit Sturmwind und Regen“ verschobene Waldfest findet nunmehr Sonntag, 18. Mai, hinter der Grenadierkaserne statt.

Berein Volkshilfsbildung. Sonntag, 18. Mai und Donnerstag, 22. Mai (Fronleichnam), von 11—1 Uhr, sowie von Samstag ab jeden Freitag von 2—4 Uhr erhalten unsere Mitglieder auf die Eintrittspreise im Residenztheater, Waldstraße 30, zur Aufführung „Das Wabbe“ Ermäßigung, und zwar: 1. Platz 80 Pf., 2. Platz 50 Pf., 3. Platz 30 Pf. (jezt 1 Mt., 80 Pf., 50 Pf.). Die Eintrittskarten sind täglich in der Geschäftsstelle, Akademiestraße 67, in den Geschäftsstunden von 2—4 und 1/2—1/2 Uhr erhältlich.

Der Balkan-Konflikt.

Attentat auf Enver Bey.

Wien, 15. Mai. Aus Konstantinopel wird berichtet, daß auf Enver Bey am letzten Freitag in der Nähe von Konstantinopel ein Attentat verübt worden ist. Aus einer Entfernung von 200 Metern soll auf Enver Bey aus einer Soldatengruppe geschossen worden sein. Man habe gesehen, daß Enver Bey vom Pferde gestürzt ist. Er soll verwundet sein.

Türken und Albaner.

Konstantinopel, 15. Mai. Unter den hiesigen Albanern ist infolge der Bestrebungen der türkischen Regierung, alle an dem Schicksal eines autonomen Albaniens Teilnehmenden bekümmerten Albaner aus Konstantinopel zu entfernen, eine freiwillige Auswanderungsbewegung entstanden, so daß die Zahl der in die Heimat zurückkehrenden Albaner fortwährend zunimmt.

Ruhe in Skutari.

Skutari, 15. Mai. Die Nacht verlief ruhig dank der von den Montenegrinern getroffenen Maßregeln. Die Italiener versuchten zwar heute morgen wieder mit Waffengewalt in die Stadt einzudringen. General Betschir ließ aber dem Erzbischof, der an der Spitze ihrer Bewegung steht, sagen, er werde gefangen gesetzt, wenn er nicht für Einhaltung der Ruhe Sorge.

Der Ausnahmezustand aufgehoben. Wien, 15. Mai. Der Ausnahmezustand in Bosnien und der Herzegowina ist aufgehoben worden, da durch die Uebergabe Sutaris an das internationale Detachement die Gefahr eines Konfliktes beseitigt erscheint, derentwegen aus Anlaß der Einnahme von Skutari durch die Montenegriner in Bosnien und der Herzegowina, als dem Nachbarlande der mitmaßlichen militärischen Ereignisse, am 3. Mai der Ausnahmezustand verhängt worden war.

Letzte Nachrichten.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 15. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer wollte das Mitglied der geeinigten Sozialisten, Durafor, die Regierung interpellieren über ihren Beschluß, den Jahrgang, der am 1. Oktober entlassen werden sollte, unter den Fahnen zurückzubehalten. Der unabhängige Sozialist Auguste Deland verlangte, daß diese Interpellation mit der Entscheidung über den Bericht des Abgeordneten Käse, der gestern der Kammer vorgelegt wurde, verbunden werde. Ministerpräsident Vauquelin erklärte, neben den Verantwortlichkeiten der Kammer gebe es auch solche der Regierung. Die Interpellationen hätten ihren Ausgangspunkt in den Erklärungen, die er in Caen abgegeben habe. Aber bereits Ende März habe die Regierung ihren Entschluß angekündigt. Wir beharren darauf, sagte er. Es ist die Erfüllung einer gebieterischen Pflicht. (Sehr laut im Zentrum.) Das Gesetz von 1905 gibt der Regierung die Freiheit, unter ihrer Verantwortung die Umstände und die Stunde der Entscheidung zu bestimmen. Gewiß werden die bereits heute dringenden Umstände im Oktober nicht weniger dringend geworden sein. (Beifall auf verschiedenen Banken.) Die Bedürfnisse der Landesverteidigung verpflichten die Regierung, den Artikel 33 des Gesetzes von 1905 anzuwenden und ihren Entschluß lange genug vorher anzukündigen, um seine Durchführung zu ermöglichen. Dieser Artikel würde jede Wirksamkeit verlieren, wenn unter den der Regierung darin eingeräumten Rechten nicht auch dasjenige wäre, die für den Eintritt des neuen Jahrganges nötigen Maßregeln zu treffen. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren für den Bau von Baracken und bei einem Teil der Einheiten. Wenn die Regierung ihren Entschluß aufgehoben hätte, so hätte sie sich einem doppelten Vorwurf ausgesetzt; die Soldaten in einem Zustand von Ungezogenheit gelassen und die für die Durchführung ihres Entschlusses unentbehrlichen Maßnahmen trotz seiner Dringlichkeit unterlassen zu haben. Das Vorgehen der Regierung ist nur dazu bestimmt, zur rechten Zeit die nötigen Mittel für die Mannschäftsvermehrung bereit zu stellen. Die Regierung übernimmt die Verantwortlichkeit für ihr Vorgehen, ohne dadurch die Vorrechte der Kammer schmälern zu wollen. Die Kammer, die mit dem Gesetzentwurf über die Verlängerung der Dienstzeit befaßt ist, behält vollen Spielraum und vollständige Freiheit für ihre Beratung und Abstimmung. Die Regierung wird die Abstimmung beider Kammern nicht behindern, aber ebenjowenig zögern, die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen, daß die Hauptpunkte des Gesetzes, das dringlich bleibt, zur Geltung kommen und neben dem auf Grund des Artikels 33 getroffenen Maßregeln wird man Hilfsmittel für die Durchführung der Kammerbeschlüsse finden. Wenn die Regierung diese Maßregeln nicht ergreifen würde, würde sie ihre Aufgabe vernachlässigen. (Beifall im Zentrum, auf der Rechten und einem Teil der Linken.) — Schwiegen auf der äußersten Linken.) Auguste Deland antwortete dem Ministerpräsidenten. Da die Regierung soliel Geduld habe, um 8 Tage zu warten und durch ihre Erklärungen die Debatte in veredelter Weise eröffnet habe, so nähmen seine Freunde und er den Kampf sofort auf. (Beifall auf der äußersten Linken und einem Teil der Linken. — Ironisches Lachen im Zentrum.) Durafor begründete darauf die Interpellation. Er machte dem Ministerpräsidenten Vorwürfe darüber, daß er eine so schwerwiegende Erklärung wie die über die Zurückbehaltung des Jahrganges in Caen und nicht vor dem Parlament gemacht habe. Der Redner, vom Zentrum und der Rechten unterbrochen und nur von einem kleinen Teil der äußersten Linken applaudiert, protestierte gegen die Zurückbehaltung unter den Fahnen und fragte, ob diese Maßregel im Auslande nicht als Zeichen einer kriegerischen Politik gedeutet werden würde. Widerspruch auf verschiedenen Banken.) Der Redner nannte diese Maßregel ungesetzlich und verfassungswidrig und eine Verletzung der Rechte des Parlamentes und der Nation. Auf wie lange, fragte er, ist die Zurückbehaltung beschloffen? Augenscheinlich für eine lange Zeit. Die Demokratie muß sich fragen, ob es sich dabei nicht um einen gegen sie gerichteten Schlag handelt. Uebrigens scheint die Ankündigung der Zurückbehaltung die Annahme des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit und dessen Rückwirkung zu präjudizieren. Alles was für Frankreich getan wird, muß für und durch die Republik geschehen. (Beifall auf denselben Banken wie vorher.) Der Redner erklärte es für unmöglich, die Belagerung der Kaserne zu vermeiden, ohne in hohem Maße die hygienischen Bedingungen zu beeinträchtigen und die Sterblichkeit im Heere zu vergrößern. Kriegsminister Etienne unterbrach den Redner und versicherte, daß keine Kaserne so stark belegt würde.

Bauernunruhen.

Rom, 15. Mai. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ aus Rodigo ist in der Provinz eine erste Bauernrevolte ausgebrochen. Kolonnen streifender Landarbeiter mit Frauen und Kindern durchstreifen das Land und verwüsten die Erntevorräte. Aus Venedig wurden Truppen zur Unterdrückung der Erzeffe abgefannt.

Der Maifeiertag in Rußland.

Petersburg, 15. Mai. Der geistige Zustand umfaßte nachmittags ungefähr 150 000 Arbeiter. Von den Verhaftungen wurden 112 aufrechterhalten. Auffallend war die Teilnahme vieler Studenten bei den zahlreichen Versuchen, Straßendemonstrationen zu veranstalten, die auch abends erneuert wurden. Es ereignete sich ein

ernster Zwischenfall. Einem Arbeiter, der der Polizei Widerstand leistete, wurde der Schädel gespalten. Der Polizist wurde dabei schwer verletzt.

Genie konnten mehrere Zettungen nicht erscheinen. In Moskau erschienen nur zwei Blätter. Der dortige Ausstand umfaßte etwa 70 000 Mann. In Nikolajewsk feierten 5000 Werftarbeiter. Gegenüber dem Vorjahr, als die Maifeier unter dem Eindruck der Denotragödie einen riesigen Umfang annahm, ist dieses Jahr überall ein leichter Rückgang der Streitziffern zu verzeichnen.

Verschwörung und Belagerungszustand in Peking.

Schanghai, 15. Mai. Ueber Peking ist der Belagerungszustand verhängt, anscheinend wegen Ausbreitung einer Verschwörung und eines gegen Juanshikai geplanten Attentates. In einem chinesischen Hotel in Peking wurden 11 Personen, die Bomben und Waffen bei sich trugen, verhaftet und gestern mehrere, darunter eine Frau, standrechtlich erschossen. Die Garnison von Peking wurde verstärkt. Die Behörden bewahren Stillschweigen.

Vereinsanzeigen.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Baden. Diejenigen Festführer, welche bei der geistigen Erziehung nicht erfinden sind, werden ersucht, unbedingt heute, Freitag, abends 8 Uhr, im „Luchbahn“, Schützenstraße, zu erscheinen zwecks Abrechnung. 1014 Die Dolente.

Karlsruhe. (Schneiderverband.) Sonntag, 18. Mai, Familienausflug durch den Rittner-Wald nach Berghausen. Gemeinsame Abfahrt morgens 5 Uhr vom Durlacher Tor, für etwaiger Nachzügler 5.30 Treffpunkt auf dem Turmberg. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Die Ortsverwaltung Karlsruhe. (Steinmetzverband.) Samstag, 17. Mai, abends punkt 1/2 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Lokal „Großherzog Friedrich“. Um zahlreichem Besuch ersucht. Der Vorstand.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Sonntag, 18. Mai, Schülerturnfahrt nach der Hedwigquelle-Waldhof-Spessart-Woos abthal-Graf Rehnweg-Dufenbach. Abmarsch morgens halb 7 Uhr am Durlach. Rückfahrt von Dufenbach 7.01 Karlsruhe an 7.42. Fahrpreis 25 Pf.

Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Samstag, 17. Mai, abends halb 9 Uhr, gemüthliche Zusammenkunft bei Mitglied Frid zum „Liwil“. Zahlreicher Besuch wird von seiten der Mitglieder erwartet. Dienstag, 20. Mai, beginnen die Singstunden wieder. 1012

Karlsruhe. (Arbeiteradhsängerbund „Solidarität“.) Diejenigen Mitglieder, welche an der Gausausfahrt nach Durlach teilnehmen, werden ersucht, bis Freitag, 19. Mai, sich bei den Unterfasserlern oder den Mitgliedern des Vereinsauschusses zu melden; auch betreffs Quartier und Mittagessen. 1020

Karlsruhe. (Arbeiteradhsängerbund „Solidarität“.) Sonntag, 18. Mai, Vormittags-Ausfahrt nach Mosbronn. Abfahrt punktlich um 6 Uhr vom Friederichsplatz. Etwas Mundvorrat mitnehmen. Ferner vom Mittwoch, 21. Mai, an jeden Mittwoch Abendausfahrt, punktlich um halb 9 Uhr ebenfalls vom Friederichsplatz. 1020

Bruchsal. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, 17. Mai, abends halb 9 Uhr, in der „Falz“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen G. Hagemann. 1003

Bretten. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, 17. Mai, abends halb 9 Uhr, im „Engel“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen B. Krufe. 1002

Oberkirch. (Arb.-Turn. Freiheit.) Samstag abends 1/2 9 Uhr Versammlung im Vereinslokal. 1010

Oberkirch. (Soz. Verein.) Die Bibliothekstunde findet nächsten Sonntag von 11—12 Uhr statt. 998

Briefkasten der Redaktion.

A. S. Die Wirkung der Ueberwertung der bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt, sowie der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter insbesondere, tritt mit der Rechtskraft des Urteils ein; eine Zeitdauer wird von dem Tage berechnet, an dem die Freiheitsstrafe, neben welcher jene Ueberwertung ausgesprochen ist, verbüßt, verjährig oder erlassen ist. (§ 36 St.-G.-B.)

Abonnement Größlingen 603. Anlässlich der drohenden Lage im letzten Jahre wurde von den Sparfassenverwaltungen gegenüber dem Sturm auf die Kassen wiederholt erklärt, daß das Geld auf den Sparfassen weder vom Heimathat, noch vom eventl. Feinde angegriffen werden darf. Es ist in den Kassen weit sicherer aufgehoben, als zu Hause.

Nach Durlach. Sie werden aus der gestrigen Nummer unseres Blattes erfahren haben, daß uns bereits ein anderer Artikel über das Verhalten der Durlacher Bahnhofsbehörde am Pfingst-Samstag zugegangen war.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Rattoi, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: J. V. Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Geschäftliches.

Es ist ein Fehler, Kindern morgens, vor dem Schulgange, Kaffee oder andere aufregende Getränke zu verabreichen. Sehr beliebt sind infolgedessen Kakao und Schokolade als tägliches Morgengetränk, doch werden diese manchmal aus Ueberdruß zurückgewiesen. „Kufete“, in Milch gelocht, wird dagegen von den Kindern stets gern genommen und bestens vertragen, denn es ist schmackhaft, nicht widerlich süß, dabei nahrhaft und leicht verdaulich.

Buchhandlung Volksfreund Luisenstraße 24.

Wir empfehlen: Der Blisfahrplan, 25 Bfg., Das grüne Sturzbuch, 70 Bfg., Das Reichstursbuch, 1 Mt.



Sunlicht Seife

wird aus streng geprüftem, edelstem Rohmaterial hergestellt! Ihre Qualität ist daher immer zuverlässig die beste! Da sie für alle Zwecke, wo es sich um einwandfreie Reinlichkeit handelt, geeignet ist, verwenden nur diese Seife Millionen Hausfrauen jeden Standes!



Vorteilhafte Buckskins

Grosser Eingang erstklassiger Fabrikate in modernen Cheviot- und Kammgarn-Geweben für Herren- und Knaben-Anzüge, Hosen, Paletots und Westenstoffen

Mark **5.-** **6.-** **7.-** per Meter

Rabattmarken.

169 Kaiserstr. Leipheimer & Mende Großhandlung.

Spezialhaus für Stoffe.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Karlsruhe.

Todes-Anzeige.
Hierdurch setzen wir unsere Mitglieder in Kenntnis, daß der langjährige Kollege
Wilhelm Treiber, Schreiner
ganz plötzlich im Alter von 59 Jahren gestorben ist. Wir werden ihm ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren.
Die Feuerbestattung findet am Samstag, 17. Mai, abends 5 Uhr statt.
Die Ortsverwaltung.

In meinem **Ausverkauf**
Aldlerstr. 18a, neben Gasthaus
finden Sie noch eine reiche Auswahl in
Herren- u. Knaben-Kleider
zu ganz enorm billigen Preisen.
K. F.-C. Phönix
(Phönix-Alemannia) e. V.
Sportplatz links d. Rheintalbahn entlang. — Telefon 1888.
Jeden Mittag Training unter Aufsicht des Trainers. 1008
Sonntag, den 18. Mai 1913:
2. Mannschaft in Feudenheim. Abfahrt wird bekannt gegeben.
Für die übrigen Mannschaften allgemeines Training.

Sport-
Loden-Anzüge v. Mk. 19.— an
Loden-Pelerinen, Bozener Mäntel (echte Münchener Konfektion), Berg-Stiefel Rindl. v. Mk. 12.50 an. Rucksäcke v. Mk. 2.— an. Aluminiumartikel. Billigste Preise infolge geringer Spesen, gute sportmässige Qualitäten.
Sport-Beier
Kaiserstr. 174, b.d. Hirschstr.
Mitglied des T.-V. „Die Naturfreunde“ 18

Gebrüder Scharff
Karlsruhe:
Amalienstrasse 27.
Rheinstrasse 34 a.
Wilhelmstrasse 30.
Bernhardstrasse 8.
Knielingen.
Teutscheneurent.
Hagsfeld.
Wir empfehlen:
1a. Westfälische Wurstwaren
(Stets frisch aus einer der renommiertesten Fabriken Westfalens).
Mottwurst p. 120 S.
Plockwurst „ 150 S.
Cervelatwurst „ 180 S.
Schinkenwurst „ 180 S.

Kaufhaus Freund & Co.
Ettlingen, Kronenstrasse
Gaggenau, Schulstrasse
veranstaltet von heute an bis Fronleichnam einen **billigen Verkauf** von garnierten
Damen- und Mädchen-Hüten
sowie **Hut-Formen** zu **6 Serien-Preisen 6**

Serie I	Serie II	Serie III
95 S.	1.90	2.90
Serie IV	Serie V	Serie VI
3.90	4.90	5.90

Bänder 28, 38, und 58 S. per Meter.
Blumen und Federn enorm billig.
Die während dieser Zeit gekauften Hutformen werden zum Preise von 50 S. garniert.
Enorm billige Kaufgelegenheit.

METZ-Mühlburg
auf unserem Platze 3 Uhr.
8, 4 u. 5. Mannsch. geg. F. C. Viktoria-Berghausen 1, 2 u. 8.
auf unserem Platze 10 Uhr.
1/2 Uhr und 1/5 Uhr.
A. H.-Mannschaft 10 Uhr in Beiertheim. 1008

Lüchtiger Hofenschnaider
für Zivil findet dauernde Beschäftigung bei
Schröder & Fränkel
Kaiserstraße 211.

Schlafzimmer
und Kücheneinrichtung, wenig gebraucht, billig zu verkaufen.
Heinrich Karrer,
Philippstr. 19. 891

Lieferung von Pfastersteinen.
Die Lieferung von etwa 1150qm Pfastersteinen aus Sandstein oder ähnlichem Material soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. Angebote sind unter Verwendung der besonderen Borbrude verschlossen und mit entsprechender Aufschrift spätestens
Dienstag den 27. Mai, vormittags 10 Uhr
bei uns einzureichen. Bedingungen und Angebotsborbrude werden auf Verlangen kostenlos abgegeben.
Karlsruhe den 10. Mai 1913.
Städt. Tiefbauamt.

Vergabung von Bauarbeiten für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.
Zum Neubau der städtischen Gewerbeschule am Riedelplatz hier soll die Ausführung der **Gas- und Wasserleitungen** in öffentlicher Vergabung vergeben werden.
Zeichnungen und Bedingungen können in dem Büro des Neubaus, Eingang Steinstraße, in den Stunden von 10—12 Uhr täglich eingesehen und die Angebotsformulare daselbst unentgeltlich erhoben werden.
Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen spätestens bis Samstag den 24. Mai 1913, vorm. 11 Uhr ebendasselbst portofrei einzureichen.
Karlsruhe, 13. Mai 1913.
Die Bauleitung.

Käse:
Fst. Limburger p. 52 S.
Fst. Schweizer „ 120 S.
Fst. Rahmkäse „ 100 S.
Präpariertes gr. St. 12 S.
Camembert besonders gross . . . Stück 25 S.

Weine:
Rotwein (garantiert rein) gr. Ltr. 65 S.
Weißwein, 1911er, per Ltr. 80 S.
Samos-Muskat (stuss) per Ltr. 80 S.
In Flaschen:
Apfelwein gr. Fl. 30 S.
Weißwein . . . 90 S.
Rotwein . . . 100 S.
Medizinwein, süß 100 und 125 S.

Auf vielseitiges Verlangen von Samstag, 17. Mai ab
Das gewaltigste, wunderbarste und bedeutendste kinematographische Schauspiel, nach dem bekannten Roman von Scienkiewicz. 1006
3000 Mitwirkende
„Quo Vadis“
Drama aus der Zeit d. Christenverfolgung in 6 Akten. Spieldauer ca. 2 Stunden.
Residenz-Theater.
Für die Jugend unter 16 Jahren:
Nur am Sonntag, 18. und Donnerstag, 22. Mai (Fronleichnam) von 11 bis 1 Uhr, sowie an sämtlichen Wochentagen präzis von 2—4 Uhr.

Die billigste Quelle
zum Einkauf grätiger u. neuer **Kleider, Schuhe und Mäde** nur bei **F. Gloher, Karlsruhe** Markgrafenstr. 8.
zwischen Baldhorn- u. Stannen
Gut erh. **Kinderbett** 60 groß. ein. **Marienstraße Nr. 38.**
Schützenstr. 94, 2. St. schön. möbl. Zimmer sofort. billig zu vermieten.
Kavellestr. 10 ist ein Manfardenzimmer. billig zu verm. Zu erfr. so
Marienstr. 92, schön ist ein schön u. lsten Zimmer zu vermieten nicht aieren

Sozialdem. Partei Weingarten.

Samstag den 17. Mai, abends 9 Uhr, im „Lamm“

Gedenkfeier

aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der deutschen Sozialdemokratie

unter gest. Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Vorwärts“.

Redner: Gen. Dietrich-Karlsruhe.

Parteiengenossen und Volksfreunde sind hierzu mit der ergebenden Bitte um zahlreiche Beteiligung freundlichst eingeladen.

Oberkirch (Renchtal). Gasthaus zum Greifen

Hauptstrasse 57. 992

(Stammhaus der Firma Schrempf.)

Gut bürgerliches Haus. Spezialität: **Oberkircher Landweine**. Hüblich möblierte Fremdenzimmer. Pension Mk. 3.50. Grosser Saalbau für Vereine. Einem geneigten Zuspruch sieht gerne entgegen

Emil Kupferer

früh. langjähr. Laternenwirt in B.-Baden.

Bretten.

Wirtschaftsempfehlung

Den titl. Vereinen und Gesellschaften bringe meine Wirtschaftsempfehlungen bei Ausflügen etc. in empfehlende Erinnerung. 871

Schöner schattiger Garten mit Schutzhalle, geräumiges Nebenzimmer. Kalte und warme Speisen, reine Weine, helle und dunkle Biere zu billigen Preisen.

Hochachtung

Ferd. Reff,

Apothekergasse und Promenadeweg, zunächst dem Marktplat.

Im Spezial-Haus für

Strumpfwaren

finden Sie stets in vorzüglichen Qualitäten wie großer Auswahl:

Damen-Strümpfe
schwarz, braun, engl. lang 1.50, 1.20, 80, 50, 35

Damen-Strümpfe
moderfarbig, engl. 1.80, 1.25, 1.00, 85, 75, 55

Damen-Strümpfe
durchbrochen, schwarz, braun, weiss 2.00, 1.70, 1.25, 1.00, 90

Kinder-Söckchen
schwarz, braun, moderfarbig 75, 65, 50, 45, 40, 35, 30, 25

Herren-Socken
Schweiss-Socken 1.00, 85, 75, 60, 35
Macco-Socken, Ia. Qualitäten 80, 60, 55, 45

Rudolf Vieser

153 Kaiserstrasse 153. 1005

Zahnatelier Glara Homburger

zuletzt 5 Jahre Assistentin bei Herrn Dentist König

Plomben - Zahnziehen - Zahnersatz
Kronen- und Brückenarbeiten.

Mässige Preise.

Kaiserstrasse 78 III (Marktplatz)
im Hause des Herrn Hofjuwelier Paar. 798

Lustbüchse, einige Mal ge-
billig zu verkaufen. Sehr
eine sehr geeignet. 996
Durlach, Schlachthausstr. 10 II.

Werderplatz 31, schön möbl.
Manfardenzimmer sofort zu
vermieten. Näheres Rebh. 8. St.

Diwan.

Große Auswahl in neuen
Blüschdiwanen v. 35 u. 40
an, hochf., mod. Dessins von
55 an. (Keine Fabrikware.)
Polstermöbelhaus R. Köhler,
Schützenstr. 26. 765

Amme gesucht, die neben
ihrem
Kinde ein dreiwöchentl. Kind
einige Male im Tage stillen
kann. 994
Näheres Wilhelmstr. 20 barl

Raucher und Händler in Tabakfabrikaten!

Freitag, den 16. Mai 1913, abends 9 Uhr

Große öffentl. Versammlung

im oberen Saale des Hotels „Friedrichshof“ zu Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 28

Redner: Generalsekretär **Georg Lisske**, Düsseldorf:

„Die Trustgefahr im deutschen Tabakgewerbe und ihre Nachteile für Raucher und Händler“.

Bei der Wichtigkeit des Themas laden wir alle Interessenten (also **Raucher wie Händler**) zu zahlreichem Besuche ein, zumal die Gegenseite jetzt ebenfalls ihre Vertreter in unsere Versammlungen entsendet, wodurch eine weitere Klärung der Frage erreicht wird.

Eintritt frei für Jedermann! - Damen willkommen.

Verein der Zigarrenladen-Inhaber
von Karlsruhe und Umgebung.

Verband zur Abwehr des
Tabaktrustes.

Meidet die Trustfabrikate!

Mehl-Zentrale Karlsruhe

Werderplatz 37 (Teleph.
Ludwigplatz 65) 484
Gardstrasse 7,
Waldbornstrasse 48,
15 Rudolfstrasse 15.

Neu! Aue. Neu!
Kaiserstr. 6.

Mehl

5 12 1/2, 25 kg
00: M 1.05 2.45 4.80
0: „ -95 2.35 4.60
I: „ -86 2.12 4.20
III: „ -76 1.90 3.80
IV: „ -68 1.70 3.40
Roggen I: -70 1.75 3.50
5 Pfd.-Säcken M 1.05
10 „ „ 2.10
25 „ „ 4.80
Graham-Mehl Pfd. 20 „
5 „ 93

Schweinefleisch

1 Pfd. 76 S
bei 5 „ 74 „
„ 9 „ 73 „ (in Eimer)

Pflanzenfett

gelb, per Pfund 58 S
weiss „ 56 S

Margarine-Butter

Marie Semmerel, pr. 80 S
„ Frauenstolz „ 80 „

Palmbutter

1 Pfund-Paket 65 S
1/2 „ 33 S

Sanella u. Palmin

in 1/2 u. 1/4 Pfd.-Packungen.
Alles in nur bester
Ware in der

Mehl-Zentrale

Grosses Spezial-Haus

für

Damen- und Mädchen-Hüte

Gegründet 1883. en gros en detail

S. Rosenbusch

Kaiserstrasse Nr. 137.

Grosses Lager sämtlicher Putzartikel
Modistinnen erhalten Engros-Preise.

Bad. Rote-Geldlotterie

Ziehung sicher 4. Juni.
3327 Gew. u. 1 Präm. bar ohne Abzug

37 000 Mk.

Mögl. Höchstgewinn
15 000 Mk.

Haupttreffer bar Geld
10 000 Mk.

3327 Gew. u. 1 Prämie bar Geld
27 000 Mk.

Lose à 1 Mk. 11 Lose 10 Mk.
In Karlsruhe: Carl Götz,
Hebelstr. 11/15, Gebr. Gähringer,
Kaiserstr. 60, Woerner &
Wehrle, Erbprinzenstr. 29.

Gesangverein Badenia.

Am Samstag abend halb
9 Uhr im Vereinslokal

Siegesfeier

bei feierlicher Beleuchtung,
wozu höflichst einladet 1019

Der Vorstand.

Um zu räumen
werden sämtliche

Herrenkleider- Stoff-Reste

zu enorm billigen Preisen
abgegeben. 1004

Kaiserstr. 133 1 Treppe hoch.
Eingang Kreuzstrasse
bei der kleinen Kirche.

Krankenkasse

unter Aufsicht Kaiserl. Aufsichts-
amts f. Privatversich. in Berlin
m. gr. Wittl. Stand u. gr. Ver-
mögen, ebelgefinnt, dem sozial-
sten Empfinden angepaßten Be-
dingungen, colant in Schäden-
regulierung, sucht überall tüch-
tige Mitarbeiter. Bewerbungen
mit Rückporto an die Direktion,
Stuttgart, Champignystr. 29/31.

hochhäupt., mit
Rohr, Matratze u.
Deckbett, 1 Küchenschrank, 1
Verd., 2 Stühle ist bill. zu verk.
Lammstr. 7c, 4. St., Reuter.

3 Häfen, belg. R. und
franz. B. mit
ob. ohne Junge, sowie gr. Stall
hat wegen Platzmangel billigst
abzugeben. 1001
Humboldtstr. 25 b, 3. St.

Scheuere mit Henkel's Bleich-Soda.

Brennholz

Dachsparren, Balken etc. billig zu
verkaufen. D. Maunberg, Ww.,
Rüppurrerstrasse 100. 985

Zum Rüffen

schön ist ein zartes, weiches Gesicht,
mit rosig, jugendfrisch. Aussehen
und schönem Teint. Dies erzeugt
Steckenpferd-Seife
(die beste Lössmilch-Seife)
à St. 50 s. Die Wirkung erhöht
Dada-Cream
welcher rote u. rötliche Haut weiß u.
sammetweich macht. Tube 50 s bei
C. Noth, Poststr., Gerrenstr. 26-28
Otto Fischer, Marktstr. 74
W. W. Vann, Werderstr. 27.
Em. Dennig, Kaiserstr. 11
28. Tscherning, Amalienstr. 19
sowie in allen Apotheken 5968
in Mühlburg: Strauß-Drog.